Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 6 | Dezember 1974 | 1,-- DM/7.--S

SPD, „linke" Wahlpolitik und Kommunismus

Die Bonner Regierungskoalition der SPD und FDP ist in den letzten Landtagswahlen empfindlich angeschlagen worden. Die parlamentarische Basis der Schmidt/Genscher-Regierung ist durch den Einfluß des Bundesrates denkbar schwach. Die kommenden Landtags- und Abgeordnetenhauswahlen werden den Sturz dieser Regierung vorbereiten. Die Chancen der Sozialdemokratie, ihre Koalition mit der FDP nach den Bundestagswahlen 1976 fortsetzen zu können, werden mit jedem Monat sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in der kapitalistischen Krise zunehmend geringer. Die vorherrschenden Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie schauen sich nach einer neuen Garnitur Regierungsverantwortlicher um, während sie gleichzeitig noch ein unverhohlenes Interesse bekunden, daß die Sozialdemokratie vor den Massen die Talfahrt in zunehmende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und fortdauernde Inflation kommandiert. Mit dieser doppelten Orientierung bewegt sich gegenwärtig auf dem bundespolitischen Parkett die für kapitalistische Interessen ungemein scharfsichtige FDP.

Das Elend des Reformismus und die Krise des Kapitals

Die Krise 1966 hatte der Sozialdemokratie die Tür zur „Regierungsverantwortung" aufgestoßen; die Krise 1974 wird die arbeiteraristokratische Kostgängerin der Bourgeoisie wieder vor die Tür setzen. Der sozialdemokratische Reformismus hat erneut eine seiner politischen Funktionen in der imperialistischen Epoche demonstriert: ideologischer Bannerträger in der Offensive des Kapitals auf die Arbeiterklasse. Krise des Kapitals heißt Leiden des Proletariats. Das sozialdemagogische Reformgerede diente der Verschleierung der kapitalistischen Offensive gegen die ökonomische und soziale Lage der Arbeiterklasse und des Ausbaus des bürgerlichen Unterdrückungsapparates. Dieses Programm gegen die Arbeiterklasse konnte die Bourgeoisie ohne den Preis heftiger gesellschaftlicher Kämpfe nur realisieren, indem sie ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung, die trotz ihrer konterrevolutionären Rolle immer noch die historisch gewachsene Führung der Arbeiterklasse repräsentieren, an der „Regierungsverantwortung" beteiligte. Statt einer proletarischen Radikalkur an der Wurzel der kapitalistischen Übel versucht der historisch ohnmächtige Reformismus am Krankenbett des Kapitalismus, diesen gesundzubeten. Den Schillerschen Wortblasen - „antizyklische Globalsteuerung" durch eine „Wirtschaftspolitik der leichten Hand" - folgte der im Pragmatischen Möchte-gerne-starke-Mann Schmidt.

Beide zerschellten an der harten Realität kapitalistischer Anarchie. Obwohl sie nur den mittelfristigen Interessen des Kapitals dienlich sein wollten, zerbarsten ihre Pläne an den Gesetzen kapitalistischer Profitlogik. Alle „Reformvorhaben", die „Kosten" verursachen, wurden eingefroren und werden als zeitlose Wahlversprechen konserviert. Die Perfektionierung des staatlichen Unterdrückungsapparates ist die „Reform", die als einzige real ist. Erneut wurde die orthodoxe Kritik der politischen Ökonomie gegen alle Reformisten und Revisionisten bestätigt: es gibt keine Wirtschaftsplanung im Kapitalismus (und was gleichbedeutend ist: keinen friedlichen Weg zum Sozialismus), in welcher ideologischen Verpackung sie auch angeboten wird: Wirtschaftsdemokratie im organisierten Kapitalismus, Erneuerung der Demokratie im staatsmonopolistischen Kapitalismus usw.

Auch außenpolitisch agiert der westdeutsche Kapitalismus in der Arena des Imperialismus planlos. Das historische Dilemma des deutschen Imperialismus, sich „einen Platz an der Sonne" erobern zu müssen, schlägt sich in der Außenwirtschaftspolitik des extrem exportabhängigen westdeutschen Kapitals nieder. Die „Integration" des westeuropäischen

Kapitalismus hat die Konkurrenz nationaler Kapitale keineswegs beseitigt; im Gegenteil, der Kampf um die ökonomische Vorherrschaft führt zur zunehmenden politischen Polarisierung der imperialistischen Metropolen. Verschleierte die Weltwährungskrise nur den ökonomischen Krieg nationaler Kapitale, so war sie ein Wetterleuchten aufziehender weltweiter Erschütterungen. Auch die Ostpolitik, soll sie dem westdeutschen Kapital Instrument ökonomischer Expansion werden, bedarf einer anderen Dimension: dem „Drang nach Osten" des deutschen Imperialismus; eine ökonomisch relevante Ostpolitik erfordert Ost- *märkte,* d.h. die Zerstörung des Außenhandelsmonopols, der staatlichen Planung usw. der Arbeiterstaaten, die Zerschlagung der ökonomischen und sozialen Grundlagen der Arbeiterstaaten. Kurz: die aggressive Grundtendenz des Imperialismus setzt sich auch beim westdeutschen Kapital durch. Es gibt keine kapitalistische Expansion auf dem Weltmarkt, die nicht imperialistische Unterjochung ist.

Braucht die Bourgeoisie den starken Staat und eine aggressive Außenpolitik, so muß die sozialdemokratische Reformdemagogie durch nationalen Chauvinismus ersetzt werden. Wollte der sozialdemokratische „Friedenskanzler" Brandt diese Wahrheit moralisch nicht anerkennen, so ist Schmidt nicht mehr als ein Kanzler des Übergangs. Schmidt „macht" in Pragmatismus und dokumentiert ein Wursteln zwischen Alternativen: nationaler Protektionismus und Europäische Gemeinschaft, USA-Orientierung und „Europa der Nationen", Konfrontation und Appeasement mit Osteuropa.

Die Sozialdemokratie ist keine eigenständige geschichtsmächtige Kraft. Sie reflektiert den Kampf der antagonistischen Klassen. Die Bourgeoisie greift zu ihr als ein Instrument zur Integration des Proletariats, zum Abwürgen proletarischer Kämpfe. Ohne revolutionäre Führung bleibt das Proletariat an seine historisch gewachsene, traditionelle Partei gekettet. Die Sozialdemokratie furchtet nichts so sehr wie das, was sie für die Bourgeoisie in bestimmten Situationen wertvoll macht: ihre Bindung zum Proletariat. Kanalisiert sich proletarische Radikalisierung in Westdeutschland durch die SPD, so bricht in ihr gleichzeitig der Widerspruch von bürgerlicher, konterrevolutionärer Führung und proletarischer Basis auf. Der objektive Widerspruch im Charakter der Sozialdemokratie wirft in Westdeutschland taktische Grundfragen der Revolution in der Perspektive auf, die sozialdemokratische Kontrolle über die proletarischen Massen zu brechen. Revolutionäre müssen einen klaren Kurs jenseits von Opportunismus und Sektierertum gegenüber den sozialdemokratischen Massen verfolgen. Sektierertum ignoriert den historischen Charakter des Proletariats, steht neben der Klassenbewegung und beschimpft sie, taktisches Instrumentarium wird durch Ultimatismus ersetzt, die Niederlagen des Proletariats werden auf seine Unreife zurückgeführt. Opportunismus kapituliert vor der Rückständigkeit der Massen, integriert und verliert sich in der Massenbewegung, Anpassung wird zum strategischen Allheilmittel. Beide Abweichungen treten in den buntesten Mischungen auf, wie erkennbar wird, wenn man die Wahlpolitik vorgeblich revolutionärer Organisationen Revue passieren läßt.

Unterstützung der SPD?

Die *Sozialistische Arbeiter-Gruppe* (SAG) kämpft für einen Wahlsieg der SPD. Zwei Argumente führt sie an. 1. Die Arbeiterklasse müsse praktische Erfahrungen mit der SPD in der Regierungsverantwortung machen; aufgrund des Bankrotts des Reformismus in der bürgerlichen Regierungsverantwortung werde die Forderung nach einer alternativen Arbeiterpolitik einsichtig und die Arbeiterklasse werde bereit für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei; stehe die SPD dagegen in der Opposition, so könne sie neue Illusionen verbreiten und neue Sympathien in der Arbeiterklasse gewinnen. 2. Ein CDU/CSU-Wahlsieg stärkt den Vormarsch der Rechten; die Linke müsse gegen den Rechtstrend der letzten Monate opponieren, dies könne sie nur gemeinsam mit den SPD-Wählern tun, es gebe keine andere Alternative. — Beide Argumente sind fauler Opportunismus. Das letztere drückt parlamentarischen Kretinismus aus; parlamentarische Wahlen sind Barometer, die das Kräfteverhältnis im Klassenkampf anzeigen. Sie ersetzen nicht diesen Kampf.

Die Wahl der SPD ist in der gegenwärtigen politischen Situation kein Kampf gegen den Rechtstrend; vielmehr haben die sozialdemokratischen Regierungen von Brandt und Schiller genau diesen „Trend" mitverursacht. Und das Argument „praktische Erfahrungen mit der SPD machen" wird uns in einer Art serviert, daß es stark nach einer direkten Aufforderung zum Verrat stinkt: Sozialdemokraten, fuhrt das Proletariat in eine Niederlage, damit es sich von euch abwendet! Proletarier, folgt Allende bis in den Tod, damit ihr wißt, welche Konsequenzen die Volksfrontpolitik bringt! Diese Logik erinnert fatal an die — nur vordergründig entgegengesetzte — Fegefeuertheorie: Je schlimmer, desto besser. Ideologischer Hintergrund der Position der SAG ist ein letztlich sozialdemokratischer (genauer: kautskyanischer) Objektivismus, der sich in der Wahlpolitik als Automatismus in der Perspektive des Bruchs von proletarischer Klassenbasis und konterrevolutionärer Politik der SPD und des Aufbaus der alternativen Klassenführung äußert.

Die *Healyisten,* die sich um die Zeitung *Der Funke* gruppieren, fordern ebenfalls zur Wahl der SPD auf. Die CDU

müsse unter allen Umständen aus der Regierung herausgehalten werden; diese bringe große Gefahren für die Arbeiterbewegung; vielmehr müsse die SPD in einer Alleinregierung an die Macht gezwungen werden, um sie vor der Arbeiterklasse zu entlarven. Die Entlarvungstaktik des „Funken" zündet nicht, ist plumpe Illusionspolitik. In der Nr. 59 (15. Sept. 1974) geht die Argumentation wie folgt: Es sei „notwendig, die Arbeiterklasse auf der Grundlage eines sozialistischen Programms gegen die Wirtschaftskrise zu mobilisieren" (wozu übrigens nach Ansicht des „Funken" er selbst allein imstande ist!). *Hinzu* komme, daß die SPD ebenfalls auf dieses Programm verpflichtet werden solle. Der Bruch zwischen Klasse und SPD und die Gewinnung von großen Teilen des Proletariats für den Aufbau der revolutionären Partei sind dann nur noch ein Kinderspiel, denn: die sozialistische Mobilisierung der Arbeiterklasse gelingt (dank dem regelmäßigen und häufigen Erscheinen des „Funken" - die Krise macht's möglich!), während die Sozialdemokratie sich der sozialistischen Verpflichtung verweigert. So einfach geht's! Objektivismus und Wunschdenken produzieren ein phantastisches Wahngebilde. In der Nr. 62 (1. Nov. 1974) schillert der Opportunismus in einem anderen Licht: Die Sozialdemokratie müsse gezwungen werden, auf der Grundlage eines sozialistischen Programms gegen die Wirtschaftskrise eine Alleinregierung zu bilden, heißt auch hier die Standardformel, die jedoch köstlich ergänzt wird: „bis (!) eine Führung der Arbeiterklasse aufgebaut ist, die die Sozialdemokratie ab löst". Also: Die SPD soll solange auf der Grundlage des healyistischen Programms (denn nur dieses ist nach Ansicht der Healyisten ein sozialistisches Programm gegen die Wirtschaftskrise) eine Alleinregierung bilden, bis sie von den Healyisten abgelöst werden kann! Wer vorher nicht SPD wählt, spaltet die „einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse gegen eine CDU-Regierung"! Die Illusionen, die von diesen Pseudotrotzkisten verbreitet werden, nehmen verbrecherischen Charakter an.

Unser Kampf gegen die opportunistische Wahlunterstützung der SPD in der gegenwärtigen Situation heißt jedoch nicht daß wir prinzipielle Gegner einer möglichen kritischen Wahlunterstützung für die SPD wären, im Gegenteil. Es muß jedoch vollständige Klarheit über die Bedingungen einer solchen Wahlpolitik bestehen, wenn sie im Interesse des Kommunismus erfolgen soll. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie jede Bewegung des Proletariats in ihrer Politik widerspiegelt. Die Radikalisierung proletarischer Massen wird sich in der Wahlpolitik ihrer Majoritätspartei ausdrücken

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierender Sektion der Internationalen
Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

In einer solchen Situation *unterstützen wir* — die Revolutionäre, die noch nicht die Kraft haben, mittels ihrer eigenen Organisation direkt dem Radikalisierungsprozeß Kraft und Zielrichtung zu geben - *die sozialdemokratischen Massen in ihrer Suche nach einer sozialistischen Alternative,* auch wenn sie sich anfangs an ihre traditionellen Organisationen orientieren! In einer solchen Situation treiben wir mittels der „kritischen Unterstützung", d.h. mittels einer auf unseren programmatischen Grundlagen erfolgenden taktischen Annäherung an die sich radikalisierenden Massen einen Keil zwischen proletarischer Basis und bürgerlicher Politik der SPD. Wir unterstützen den von den proletarischen Massen erzwungenen Bruch der SPD mit den bürgerlichen Parteien, der ein Schritt auf dem Wege zum Bruch mit den bürgerlichen Agenturen in der Arbeiterbewegung ist. Wir „unterstützen" die SPD - wie der Strick den Gehängten!

Stalinistische Sackgassen sind keine Alternativen!

Links von der Sozialdemokratie kandidieren zu den Wahlen drei Organisationen: die DKP bzw. SEW, der KBW und die KPD. Alle drei Organisationen haben — trotz bestehender Differenzen — durchaus bemerkenswerte Gemeinsamkeiten:

1. Keine der drei Organisationen repräsentiert eine originäre Tendenz der Arbeiterklassenbewegung in Westdeutschland; sie sind minoritäre bzw. *marginale Tendenzen,* die in unterschiedlicher Form den Druck des Imperialismus und einen kleinbürgerlichen Einfluß auf die westdeutsche Arbeiterbewegung widerspiegeln. Die SEW und DKP sind direkte Agenturen der parasitären Bürokratien in den osteuropäischen Arbeiterstaaten, ihre stalinistische Politik hat sie zu einer bedeutungslosen Sekte am Rande der Arbeiterbewegung werden lassen; ihr in der Arbeiterklasse kaum spürbarer Einfluß wird lediglich überspielt durch den Zustrom von Anhängern aus den Ausläufern der Studentenbewegung. KBW und KPD sind direkte Nachfolgeorganisationen der Studentenbewegung der 60er Jahre, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse zu schlagen suchen; doch diese ihre soziale Herkunft bestimmt den Charakter dieser Organisationen und ihre Politik mehr (KBW) oder weniger; beide Organisationen versuchen, sich an den chinesischen deformierten Arbeiterstaat anzulehnen.
2. Die Politik aller drei Organisationen hat wesentlich *reformistischen* Charakter. Die Programmatik dieser Organisationen hat trotz der äußerlich sehr scharfen Differenzen einen gemeinsamen wesentlichen Grundzug: die reformistische *Abtrennung* eines aktuell zu erkämpfenden *Minimalprogramms* vom perspektivischen Maximalprogramm, die strategische Konzeption aller drei Organisationen ist eine je unterschiedlich gekennzeichnete, aber dennoch gemeinsam menschewistische *Etappentheorie.*

SEW bzw. DKP und KBW haben ihr Etappenmodell auch theoretisch ausformuliert. Was des einen „antimonopolistische Demokratie", ist des andern „demokratischer Kampf' als Mittel „an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen" (Programm des KBW). Die politische Linie beider reduziert sich auf die Entfaltung eines radikalen *Demokratismus im Kapitalismus* (wobei der KBW gewiß „radikaler" ist); zentrale taktische Linie ist die Forderung nach „Einheit" («„Gewerkschaftseinheit", „politische Aktionseinheit", „Einheit des Volkes im Kampf für Demokratie" u.ä. Formeln). Trotz der opportunistischen Grundzüge beider Organisationen sind sie Sektierer genug, um einer realen Aktionseinheit — wenn sie nicht unter ihrer

unmittelbaren Führung ist — prinzipiell aus dem Wege zu gehen.

Obwohl die KPD kein theoretisch ausformuliertes Etappenmodell vorgelegt hat (wenn sie „Gegen Monopoldiktatur - für Volksdemokratie!” fordert, so versucht sie, „Volksdemokratie” in ihrer Propaganda zu identifizieren mit der Macht der Arbeiterklasse, nicht mit einem Klassenblock), so ist ihre Wahlprogrammatik doch von der reformistischen Trennung klar geprägt. Neben der maximalistischen Phrase - „Für den Sozialismus und die Weltrevolution” bzw. klarer, was sie damit meinen: „Unser Kampf geht um einen proletarischen Arbeiterstaat, der sich — wie in der VR China - auf die Massen stützt. . (*Rote Fahne,* 18. Sept. 1974) - wird als Kern des Wahlkampfes ein reformistisches Minimalprogramm präsentiert, so für Berlin: Polikliniken, Volksentscheid, Volksambulanz, gegen Polizeireform, gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse usw. (s. *Rote Fahne,* 23. Okt. 1974); keine dieser Forderungen hat einen spezifischen sozialistischen Charakter, treibt den Kampf der Arbeiterklasse in den Kampf um die proletarische Staatsmacht, jede dieser Forderungen kann im Kapitalismus verwirklicht werden, ohne dieses System in Frage zu stellen!

Die Niederlagen der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen gab den beiden maoistischen Organisationen Anlaß, in ihrer „Wahlanalyse” ihren *abenteuerlichen Opportunismus* (das ist der klarste Begriff ihrer Politik) auszudrücken: Während die KPD unter der Überschrift „Arbeiter stimmten gegen SPD-Politik!” ausführte *(Rote Fahne,* 30. Okt. 1974), daß „der Abwendungsprozeß der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie unaufhaltsam vorangeht” — ohne zu sagen, welche Kräfte mit diesen Wahlen ihre Offensive gegen die Arbeiterbewegung dokumentierten -, versucht der KBW mit dem Hinweis „Die SPD beschönigt die Lage, die CDU nicht” die Wahlsiege der CDU/CSU zu begründen *{Kommunistische Volkszeitung,* 30. Okt. 1974): „Die CDU als Oppositionspartei im Bund stellt die Lage so dar, wie sie ist: schlecht”! Der Chef-Ideologe des KBW, Joscha Schmierer, „ergänzt” diese Analyse, indem er ausführt, daß bei den vorangegangenen Wahlen „sich innerhalb . der bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform die Kräfteverhältnisse zwischen den bürgerlichen Parteien...zugunsten der parlamentarischen Opposition” verschoben haben, was seiner Meinung nach „gewöhnlich” geschieht, wenn sich die Lage der Massen verschlechtert (*Kommunistische Volkszeitung,!*. Nov. 1974). Daß jede „Verschiebung” des parlamentarischen Kräfteverhältnisses den realen Klassenkampf widerspiegelt, scheint unseren Demokraten entgangen zu sein!

Hilflosigkeit in Aktion: Der Zentrismus des Spartacusbundes

In *Spartacus* Nr. 6 (1. Juli 1974) finden wir die Stellungnahme des Spartacusbundes zu den Wahlen in Niedersachsen: Kritische Unterstützung der DKP als Mittel, um „allen deutlich zu machen, wie wir zu den bürgerlichen Parteien stehen!” Wahlenthaltung sei keine Alternative. „Die einzige Möglichkeit für eine Alternative zur SPD zu stimmen, ohne den Kopf zu, verlieren (...), war die DKP zu wählen!”,
, heißt es ganz apodiktisch Anfang Juli im Zentralorgan. Allerdings hatte die 3. Bundeskonferenz eben derselben Organisation am 29 ./30. Juni 1974 die Rolle der DKP „bei den letzten Klassenkämpfen und Wahlen” betrachtet, und die für den Spartacusbund offensichtlich seine Taktik umwerfende Erkenntnis zutage gefördert, daß der Stalinismus (ein Begriff, der vom Spartacusbund äußerst selten zur Charakterisierung der DKP und der Maoisten gebraucht wird) „nicht in der Lage war, den Arbeitern auch nur ansatzweise eine vereinheitlichende Kampfperspektive im Bruch mit der SPD-Politik und der von ihr kontrollierten Gewerkschaftsbürokratie zu weisen” *(Spartacus* Nr. 7, August 1974). Zu den Wahlen in Hessen hat der Spartacusbund dann zur Stimmenthaltung aufgerufen, „eine zugegebenermaßen recht unbefriedigende Wahlempfehlung” (? !), wie er schreibt (in Nr. 8 seines Zentralorgans).

Diese seine Position war ihm unbefriedigend, weil er auf der genannten Juni-Konferenz eine generelle taktische Linie verabschiedet hatte, die auf eine knappe Formel gebraucht werden kann: die prinzipienlose Blockbildung. Die Konkretisierung für die Wahlpolitik ist die Bildung eines Wahlbündnisses, das man großschnäuzig als kommunistisches deklariert.

Der Spartacusbund geht davon aus, daß die „fortgeschrittenen Arbeiter” - die es gewiß gibt, aber nicht als amorphe Gruppe, sondern organisiert in verschiedenen Tendenzen — den „Willen” zur Alternative zur SPD verspüren; leider würden sie von der Linken mit einer „Vielfalt von revolutionären Gruppen” verwirrt. Deshalb soll die „kommunistische Linke als einheitlicher Faktor” (!?) in den Wahlen vor die Arbeiterklasse treten (ZO Nr. 7), also: *alle* sozialistischen und kommunistischen Organisationen (eine irre Formel) stellen sich gegen die Sozialdemokratie als „die kommunistische Alternative” zur Wahl, als „kommunistisches Wahlbündnis”. Eine Taktik wie im Sandkastenspiel! Wir bestreiten, daß es diese Familie einer „sozialistischen und kommunistischen Linken” gibt; wir bestreiten, daß es Einheit geben kann, die über eine erzwungene, d.h. schwer erkämpfte kurzfristige Aktionseinheit zu ganz unmittelbaren Anlässen (wie Verteidigung der gefangenen chilenischen Genossen, der hungerstreikenden RAF-Genossen, wie gemeinsame Demonstrationen am 1. Mai) hinausgeht. Der Spartacusbund will ein „kommunistisches Wahlbündnis auf grundlegender Übereinstimmung” (ZO Nr. 10); zwar wehrt er sich vordergründig dagegen, einen Propagandablock mit zentristischem Programm einzugehen. Was er aber praktisch verfolgt, ist genau die Bildung eines Bündnisses mit einem „Minimum von Übereinstimmung”. Er nennt als erste Bedingung (siehe: *Ergebnisse und Perspektiven,* Theoretisches Organ des Spartacusbundes, Nr. 2,' S. 27) für das Bündnis, daß die „Kandidatur...in der Perspektive des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei” steht; notwendig sei ein „gemeinsames Verständnis kommunistischer Taktik in den Fragen Parlamentarismus, SPD, Gewerkschaft...” (was der Spartacusbund noch nicht einmal mit anderen Gruppen hat, die ebenfalls wie er vorgeben, trotzkistisch zu sein, etwa die

Eine ausführliche und systematische Kritik der zentristischen Politik des *Spartacusbundes* haben wir in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 4 publiziert; diese Ausgabe enthält Dokumente einer *bolschewistischen Opposition im Spartacusbund.*

***Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4 kann noch zum Preis von 1,- DM (incl. Porto) bezogen werden.**

1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429 Postscheckkonto Berlin West: 503 57 - 107 (W. Hohmann)

GIM). Wenn dieses geforderte Paktieren von politischen Gruppen, die bar von Massen sind, auf der Basis einer minimalen programmatischen Übereinstimmung nicht eine gemeinsame Propagandafront, einen Propagandablock darstellt, dann werden Vernunft und Logik Unsinn. „Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist ein Block unzulässig. Die Propaganda muß sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm. Getrennt marschieren, vereint schlagen.... Einen Kandidaten kann man nur auf dem Boden eines bestimmten Programms aufstellen'' (Trotzki, Was nun? , 1932, S. 64).

Es gibt taktisch für den Spartacusbund zwei Alternativen: Er versucht entweder, als „bestimmtes Programm" auf der Grundlage seines Verständnisses von Strategie und Taktik sein eigenes durchzusetzen; dann wird er wohl neben Sympathisanten seiner Organisation niemand für die „Einheitskandidatur" mobilisieren (diese „Konkretisierung" der Einheitsfronttaktik steht übrigens in der Tradition des Stalinismus; sie ist gegenwärtig auch die Praxis der maoistisch-stalinistischen Sekten mit ihren diversen Frontorganisationen, die als „Aktionseinheiten" herausgeputzt werden). Oder der Spartacusbund wird „nicht auf jeder unserer Forderungen im einzelnen bestehen", er wird „zu Kompromissen bereit" sein. Was dann noch im Einheitsbrei an „bestimmtem Programm" übrig bleibt, dürfte klar sein: reformistischer Minimalismus und ein paar maximalistische Phrasen. Eine minimale Übereinstimmung von Zentristen wie Spartacusbund und GIM mit Linksreformisten wie SAG und Reformsyndikalisten wie das Sozialistische Büro als „kommunistisches Wahlbündnis" auszugeben, ist blanker Hohn.

Hinter solchem Ausverkauf letzter trotzkistischer Einsichten wird die Perspektive des Spartacusbundes deutlich: er geht nach rechts; er räumt selbst ein, daß seine neue Taktik eine „Öffnung der Organisation" für reformistische und syndikalistische Elemente darstellt (ZO Nr. 7). Falls es dem Spartacusbund an Phantasie und Kenntnis mangelt, so können wir ihm versichern, daß es in der Geschichte genug Beispiele des abschüssigen Weges praktischen Liquidatorentums gibt, von denen er lernen könnte. Möge der Spartacusbund doch endlich die praktische Konsequenz seines Liquidatorentums umfassend verwirklichen: die Leser seiner Zeitung - zu denen Elemente der ganzen Linken gehören — müssen in weitaus stärkerem Maße den Inhalt des Zentralorgans des Spartacusbundes mitbestimmen, er hat es versprochen (im ZO Nr. 7, August 1974).

Was tun Kommunisten?

Wir Kommunisten sind heute noch zu schwach, in den kommenden Wahlkämpfen eigene Kandidaten aufzustellen. Die Sozialdemokratie kann von Kommunisten gegenwärtig nicht kritisch unterstützt werden; selbst in ihren radikalsten Wahlversprechen wird sie keine Bereitschaft zeigen, ihre Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien aufzugeben und in eigener Verantwortung als reformistische Partei die Macht zu übernehmen. Wir betonen aber mit aller Deutlichkeit, daß es andere Kriterien sind, die uns Kommunisten zu einer kritischen Unterstützung der SPD bewegen würden, als die Bedingungen, die eine Unterstützung von Organisationen ermöglichen, die am Rande der Arbeiterklassenbewegung ihre Existenz fristen. Die Sozialdemokratie ist trotz ihrer konterrevolutionären Politik die Partei, die von der überwältigenden Mehrheit des Proletariats in Westdeutschland als ihre Klassenführung anerkannt wird; der *Kampf der Massen*, der sich voller Illusionen an die traditionelle, aber verräterische Partei orientiert, ist die entscheidende Bedingung für die Bestimmung unserer Wahlpolitik gegenüber der Sozialdemokratie. Organisationen, die keine Massentendenzen der Arbeiterbewegung repräsentieren, müssen demgegenüber an ihrer programmatischen Perspektive gemessen werden. Wie wir gesehen haben, verkünden die stalinistischen Organisationen ein reformistisches Programm, das bar jeder Massenunterstützung ist - sie zu unterstützen, heißt die fortgeschrittenen Elemente des Proletariats, die mit der Sozialdemokratie brechen, in eine neue reformistische Sackgasse zu treiben.

Wir charakterisieren die Wahlpolitik des Spartacusbundes als ein opportunistisches Manöver. Wir Kommunisten schätzen die Chancen, daß ein „linkes" Wahlbündnis zustande kommt, sehr gering ein, auch wenn wir wissen, daß beispielsweise die revisionistische GIM ihre Bereitschaft zu solchen Manövern erklärt hat (siehe: *die internationale,* Nr. 4, Juli 1974, S. 20, wo sie bei Wahlen Aktionseinheiten bzw. Wahlabsprachen „mit Teilen der neuen Avantgarde" nicht ausschließen). *Kommunisten müssen folglich zur Wahlenthaltung aufrufen.* Sollte jedoch diese „linke" Wahlbündnis zustande kommen, so werden wir sein Programm sorgfältig prüfen; eine kritische Unterstützung hätte zur Voraussetzung, daß in diesem Programm zentristische Elemente enthalten sind (d.h. daß trotz des praktischen Opportunismus eine revolutionäre Politik in Worten bekundet wird); wir hegen jedoch starke Zweifel, daß die vom Spartacusbund gewünschte Breite der „Einheitskandidaturen" - die Einbeziehung von offen reformistischen Kräften — ein „bestimmtes" Programm erlaubt, das kritisch zu unterstützen wäre. ■

Internationalismus und revolutionäre Gewerkschaftspolitik in den USA

TEIL I

Jede Organisation, die einen revolutionären Anspruch erhebt, muß an ihrem Internationalismus gemessen werden. Reformismus bedeutet letzten Endes die Bindung der Arbeiterklasse an ihre nationale Bourgeoisie. Opportunismus . drückt sich besonders kraß als Kapitulation vor nationaler Borniertheit rückständiger Elemente in der Arbeiterklasse aus. In den Gewerkschaften, den breitesten Organisationen der Klasse unter normalen Umständen, ist der Druck rückständiger Schichten besonders präsent: „Die Gewerkschaften schaffen immer einen Nährboden für opportunistische Abweichung. Mehr als einmal wird die Partei ihre eigenen Gewerkschafter daran erinnern müssen, daß eine erzieherische Anpassung an die rückständigen Schichten des Proletariats nicht zu politischer Anpassung an die konservative Gewerkschaftsbürokratie werden darf... Arbeiter in den Gewerkschaften zeigen die Neigung, selbst wenn sie die revolutionärste Schule durchlaufen haben, sich selbst von der Kontrolle der Partei zu befreien. ” (Trotzki, Verteidigung des Marxismus, S. 226)

Die tiefsten Spaltungen in der Arbeiterklasse — und nationale Differenzen sind die tiefsten von allen - können nicht durch tagespolitische „Aktionsprogramme” überwunden werden. Wie verschiedene Schichten der Arbeiterklasse widersprüchliche kurzfristige Interessen haben, sind die „nationalen” Sonderinteressen der Arbeiter verschiedener, miteinander konkurrierender kapitalistischer Staaten nur auf der Ebene der Notwendigkeit der internationalen proletarischen Revolution aufzuheben. Nur ein Programm, das „von den jetzigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein weiter Schichten der Arbeiterklasse ausgeht und unausweichlich zu ein und derselben Schlußfolgerung führt: der Eroberung der Macht durch das Proletariat” (Übergangsprogramm), kann die Basis für eine echte internationale Arbeitersolidarität legen.

Dieser Artikel gefaßt sich mit Beispielen revolutionärer Gewerkschaftsarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika, Die Gewerkschaftsfraktionen (*Caucuses*), von denen hier die Rede sein wird, fußen alle auf einer klar ausgearbeiteten Programmatik, die die Grundforderungen des trotzkistischen Übergangsprogramms umfaßt. Diese Caucuses werden von der Spartacist League/US politisch unterstützt. (Nach den Satzungen fast aller amerikanischen Gewerkschaften ist der legale Nachweis der Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation Grund zum Ausschluß aus der Gewerkschaft.) Diese Beispiele — politischer Kampf gegen bürgerliche und reformistische Schutzzollpolitik, für die Verteidigung ausländischer Arbeiter vor Entrechtung und Ausweisung, die Mobilisierung der amerikanischen Arbeiterklasse in Solidarität mit dem britischen Bergarbeiterstreik und in Solidarität mit den chilenischen Arbeitern und Bauern gegen die Junta — sind deswegen besonders wichtig und von hohem exemplarischem Wert dafür, wie klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zu führen ist.

Kapitalexport, Schutzzollpolitik und proletarischer Internationalismus

Die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Länder mit niedrigem Lohnniveau ist ein wesentlicher Ausdruck des Profitstrebens der imperialistischen Bourgeoisie. Typische Reaktion der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie auf die dadurch bewirkte Bedrohung amerikanischer Arbeitsplätze ist eine Kombination von wüstestem Chauvinismus *(„buy American”)* und Klassenkollaboration (Forderungen an den bürgerlichen Staat, Importquoten einzuführen oder Schutzzölle zu erhöhen). Diese Politik kann nur dazu führen, die Arbeiterklasse ins Lager ihrer Bourgeoisie zu drängen, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der imperialistischen Politik ihrer Bourgeoisie zu mobilisieren.

Zollgrenzen und Importquoten sind in ihrer Funktion historisch zutiefst reaktionär. Der Weltmarkt war die letzte wesentliche Errungenschaft der Bourgeoisie als Klasse und erlaubte eine qualitative Expansion der Produktivkräfte. Der Rückzug nationaler Bourgeoisien, unterstützt von der Gewerkschaftsbürokratie, zur Schutzzollpolitik, die zum Handelskrieg und imperialistischen Krieg führt, muß von Revolutionären entschieden bekämpft werden.

„Der internationale Warenaustausch, befreit von den konkurrierenden Interessen verschiedener bürgerlicher Staaten, ist ein wesentlicher Bestandteil des sozialistischen Internationalismus. Eine Ausnahme sind die unterentwickelten Länder, wo hohe Zölle notwendig sein können für nationale Unabhängigkeit und um der monopolitischen Überlegenheit imperialistischer Mächte entgegenzuwirken. Jedoch bedeutet die Unterstützung der Arbeiterbewegung für Schutzzollpolitik im Handel zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern ein Bündnis mit der eigenen Bourgeoisie gegen die Arbeiter anderer Länder. Außerdem bringt eine volle internationale Arbeitsteilung den Arbeitern Nutzen in der Form billiger Konsumgüter. ” („American Empire Shaken”, Workers Vanguard Nr. 2, Nov. 1971)

Der Militant Solidarity Caucus und „Runaway Shipping"

Kapitalverlagerung ins Ausland ist natürlich besonders leicht, wenn das Kapital selber mobil ist - wie in der Handelsmarine. Um höhere Profite mittels niedrigem Lohn- und Steuerniveau zu erzielen, arbeitet ein großer Teil der amerikanischen Handelsmarine unter ausländischen Flaggen (besonders unter denen von Panama und Liberia). „Runaway Shipping - d.h.: ausländische Registrierung von Schiffen, die in amerikanischem Besitz sind, und amerikanische Investitionen in ausländische Reedereien - zusammen mit dem erhöhten Gebrauch automatischer Container und LASH- (Lastkahn-schleppenden) Schiffen, hatten den Verlust von 7000 bis 10 000 NMU-Arbeitsplätzen seit dem letzten Tarifvertrag



New Yorker Solidaritätsdemonstration für die britischen Bergarbeiter (27. Februar 1974)

im Jahre 1969 gekostet. " (WV Nr. 12, Okt.(NMU: National Maritime Union, *eine der größten amerikanischen Seemannsgewerkschaften.)*

Die Reaktion der Gewerkschaftsbürokratie der NMU unter Joe Curran und Shannon Wall ist eine Aufforderung an die Regierung gewesen, die amerikanische Handelsmarine durch staatliche Unterstützung zu stärken, d.h. den bürgerlichen Staat aufzufordern, kapitalistische Gewinne durch die Steuergelder der Arbeiter zu garantieren. Die Gewerkschaftsbürokratie ist auch bereit, eine Reduzierung der Besatzungen und Lohnkürzungen zu akzeptieren, um Arbeitsplätze zu „sichern".

Die einzige konsequente Opposition in der NMU gegen diese bankrotte Politik ist der *Militant Solidarity Caucus.* Der MSC wurde 1968 von NMU-Militanten gegründet; er ist weder eine Gruppe von Möchte-gern-Bürokraten (wie die Gruppe um James Morrissey, die sich darauf spezialisiert, Gerichtsverfahren gegen die Gewerkschaft zu fuhren), noch eine programmlose syndikalistische Oppositionsgruppe. Der MSC. hat als Grundlage seiner Politik ein voll entwickeltes, klassenkämpferisches Programm.

Gegen die Bedrohung der Arbeitsplätze durch „Runaway Shipping" fordert der MSC „US-Standards als Minimum für alle Seeleute in amerikanischen Häfen, gewerkschaftliche Solidarität mit ausländischen Seeleuten..." und „Für eine militante internationale Seemannsgewerkschaft als einziges Mittel, um effektiv gegen ‚Runaway Shipping' und den Scheinpatriotismus, der zur Schwächung der Gewerkschaften ausgenutzt wird, zu kämpfen!" *(The Beacon,* Zeitung des MSC, Nr. 6, Februar 1972) Der *Beacon* schreibt: *„Kapitalismus ist international - Kapitalismus geht dahin, wo die Gewinne am größten sind - und keine Gesetze... können das ändern. Die einzige Lösung für die Arbeiter ist: auch internationalistisch zu werden, vertrauend auf ihre eigene organisierte Macht und nicht auf trügerische Gesetze. "*

„Solange große Unterschiede zwischen dem Lebensstandard von US-amerikanischen und ausländischen Arbeitern bestehen, die eine vergleichbare Arbeit leisten, ist es im Interesse der Reeder, ausländische Arbeitskraft zu gebrauchen.. Nur eine vereinigte Gewerkschaftsbewegung, aufgebaut um eine internationale Gewerkschaft, kam verhindern, daß die Bosse eine Gruppe von Arbeitern gegen eine andere ausspielen "

Der MSC ist ein gutes Beispiel dafür, wie revolutionäre Gewerkschafter auf die Angriffe des *internationalen* 'Kapitalismus reagieren müssen — nicht durch Kapitulation vor Reformismus und Chauvinismus, sondern durch das Propagieren von Losungen, die die gemeinsamen Interessen der internationalen Arbeiterklasse aufzeigen. Obwohl der MSC eine verhältnismäßig kleine Gruppierung ist, die brutal (und oft physisch) von der Gewerkschaftsbürokratie angegriffen wird, hat er seine Lebensfähigkeit in sechs Jahren klassenkämpferischer Politik bewiesen. Die reale Verankerung des MSC wurde im Frühling 1973 deutlich, als der Caucus Gene Herson als Präsidentschaftskandidat der NMU aufstellte. Gegen den Günstling des ex-Präsidenten Currans, Shannon Wall, und gegen den liberal-reformerischen Oppositionellen James Morrissey (der von dem größten Teil der „Linken" unterstützt wurde wie auch von der *New York Times*) gewann Herson 358 Stimmen mit einem Programm, das die radikale Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich („four-watch System"), die entschädigungslose Enteignung der Reedereien unter Arbeiterkontrolle, die Verteidigung der linken und Arbeiterbewegung gegen den bürgerlichen Staat und die Perspektive „Für eine Arbeiterpartei basierend auf den Gewerkschaften, um für eine Arbeiterregierung zu kämpfen" enthielt. Dieses Ergebnis wurde erzielt trotz bürokratischer Wahlmanipulationen und zeigte die Unterstützung für die klassenkämpferische Politik des MSC in der Gewerkschaft. Von Bedeutung war die Tatsache, daß die Unterstützung für

den MSC hauptsächlich von den Häfen kam, wo der Caucus aktiv gewesen ist (New York, Philadelphia, San Francisco), und von Panama, wo Militanz und Unzufriedenheit mit der Bürokratie besonders stark ist. (IPFNr. 23, 22. Januar 1973)

Die internationalistische Opposition in der Automobilarbeitergewerkschaft

Arbeiter in der kranken amerikanischen Autoindustrie stehen ähnlichen Problemen gegenüber. Die Autoverkäufe der größten vier Produzenten — GM, Ford, Chrysler und American Motors - waren Mitte November dieses Jahres 34,7% niedriger als im Vorjahr; und es wird erwartet, daß bis Ende Dezember ein Viertel der 700 000 amerikanischen Autoarbeiter arbeitslos sein werden (*International Herald Tribüne,* 23./24. und 26. Nov. 1974). Bei hohen Investitionen der „großen Vier“ im Ausland und einem steigenden Prozentsatz der „Importe“ (58% im Januar 1974) vor dem Hintergrund einer allgemeinen Flaute kann der Kampf in der Autoindustrie nur mit einem Programm geführt werden, das *politisch* die Notwendigkeit der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse erkennt. (Siehe Kasten.)

In letzter Zeit haben junge Oppositionsgruppen in der UAW *(United Autoworkers,* die größte amerikanische Industriegewerkschaft), klare Antworten auf diese Bedrohung gegeben. Beispiele sind das *Militant Solidarity Committee* von UAW Local 906 (Mahwah, New Jersey, Ford) und das *Committee for a Militant UA W,* Local 1364 (Fremond, California, GM). Das MSC (UAW) hat in einem Flugblatt vom 6. März 1974 geschrieben:

„Da Löhne in vielen Ländern niedriger sind (als in den USA) haben die ‚großen Drei‘ (Ford, GM, Chrysler) einen großen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlagert. Woodcocks (Präsident der UA W) Lösung ist, daß wir Lohnkürzungen und Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen hinnehmen sollen, um unsere Bosse zurück in die USA zu ködern. Jetzt fordert er den Kongreß auf, die Importe zu beschränken, was die Preise aller Autos, ausländischer und inländischer, hochtreiben würde. Wir sollten es nicht sein, die zählen müssen, um die Profite der multinationalen Kapitalgesellschaften zu schützen. Autoarbeiter, wo immer sie sind, sollten unsere Alliierten werden. International koordinierte Streikaktionen für volle gewerkschaftliche Organisierung und Lohnskalen, die denen in den USA gleichen (die immer noch erheblich höher sind als in anderen Ländern, d. Red.) würden den besten Schutz für unsere Arbeitsplätze bieten und würden die Bedingungen der Autoarbeiter weltweit ernorm verbessern. “

Das Committee for a Militant UA W hat auf der Nationalkonferenz der UAW im Juni 1974 folgende Resolution eingebracht: daß „die UAW alle schutzzöllnerischen Pläne der Regierung und Industrie verwerfen, Importquoten auf ausländische Autos eingeschlossen. Daß die UA W volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter, die in den USA arbeiten, und ein Ende aller Ausweisungen und Einwanderungssondergesetze fordern. Daß die UA W die Führung übernimmt in der Organisierung einer echten internationalen Gewerkschaft über nationale Grenzen hinaus, mit einer einheitlichen, hohen Lohnskala und einem internationalen, klassenkämpferischen Programm. ” („Proposed Resolutions to the Twenty-fourth Constitutional Convention of the International Union United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America, UAW”, S. 146)

Drei Kandidaten des MSC (UAW) haben im April 1974 etwa 10% der Stimmen in den Gewerkschaftswahlen bei Mahwah Ford gewonnen, trotz antikommunistischer Hetze in ungewöhnlicher Schärfe; z.B.: ein Flugblatt, unterzeichnet von United American Patriots (von den Vereinigten amerikanischen Patrioten), behauptete, eine Kandidatin des MSC „ist von sowjetischen, kubanischen und Viet-Cong-Kommunisten geschult worden, wie man die amerikanische Regierung zerrüttet und zum Sturz bringt” (WV Nr. 42 und 43, 12. und 26. April 1974). Die Gewerkschaftsbürokratie von Local 906 bewies ihre Vorstellung von „Solidarität” mit folgender Erklärung:

„Die (Behauptungen des UAP-Flugblattes, Red.) sind wahr! Kroger, Diamond, Richardson und anderen ihrer Sorte liegt nichts an ihren Arbeitsplätzen oder an ihrer Gewerkschaft oder an dieser Nation... Erinnern wir uns, sie sind unsere Feinde!”

Diese Gewerkschaftsbürokratie fühlte sich aber lächerlich gemacht, als der MSC beweisen konnte, daß das Flugblatt auf einer Schreibmaschine der Firmenleitung geschrieben wurde. Der MSC antwortete den Behauptungen:

„ Wir Mitglieder des Militant Solidarity Committee sind Feinde... der profitgierigen Ford Motor Company. Wir sind die Feinde der korrupten, antigewerkschaftlichen Nixon-Regierung und der Politiker des Großkapitals. Das ist der Grund, warum wir als Feinde betrachtet werden von den UAW-Führern, wie Woodcock und Reilly, die die Mitgliedschaft (der Gewerkschaft) ausverkauft haben... wir kämpfen für ein Programm des vereinigten und entschiedenen K l a s s e n kampfs gegen die Macht der Kapitalgesellschaften. “

Die Unterstützung für den MSC war besonders stark unter der großen, französisch-sprechenden haitianischen Minderheit im Betrieb. Haitianische Einwanderer (oft illegal) sind gegenwärtig Opfer systematischer Ausweisungsversuche, und die MSC-Kandidaten waren die einzigen, die Forderungen gegen Ausweisung, für volle Bürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter, und für Gewerkschaftsliteratur in Französisch und Spanisch usw. erhoben haben. Die Kandidaten des MSC haben selber als einzige Gruppe ihre Flugblätter auch ins Französische und Spanische übersetzt.

Die Solidarität mit dem englischen Bergarbeiterstreik

Internationale Solidarität muß die Unterstützung von Kämpfen der Arbeiter in anderen Ländern miteinbeziehen. Chile und der britische Bergarbeiterstreik bieten dafür wichtige Beispiele. So hat der MSC (NMU) für konkrete Solidarität mit dem Streik der englischen Bergarbeiter gekämpft. Am 16. Februar 1974 schickte der Caucus folgendes Telegramm an die englische „National Union of Mineworkers”: „Der Militant Solidarity Caucus der National Maritime Union of America (eine Gruppe innerhalb der NMU, in Opposition zur gegenwärtigen verräterischen Führung) steht in Solidarität mit den streikenden britischen Bergarbeitern. Wir fordern alle US-Gewerkschaften auf, an euch substantielle materielle Hilfe zu schicken und sich zu weigern, irgendwelche Güter, insbesondere Kohle, nach England zu transportieren, die benützt werden könnten, um euren Streik zu brechen. Euer Kampf steht an der Spitze in dem Kampf zwischen den Kapitalisten und der internationalen Arbeiterklasse. Wir unterstützen einen Generalstreik in England, um die Lohnkontrollen, die antigewerkschaftliche Gesetzgebung und die Tory-Regierung zu zerschlagen. Für eine Labour-Regierung verpflichtet auf die Enteignung der Kapitalisten. Für den Sieg der englischen Bergarbeiter! Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!" (zitiert in 1VF Nr. 39, 1. März 1974)

Militant Solidarity Caucus of UAW Local 906: UNSER PROGRAMM IN KÜRZE

Raus mit Woodcock und seinen Lakaien — Für eine militante, klassenkämpferische UAW!

Für Gewerkschaftsdemokratie: Gegen Gewaltanwendung in der Gewerkschaft — Öffnung der Gewerkschaftszeitung für oppositionelle Ansichten — Weg mit allen antikommunistischen Klauseln - Jährliche Gewerkschaftskonferenzen, Gewerkschaftswahlen und Lohnverhandlungen - Sofortige Abwählbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre

Regierung und Finnenleitung raus aus Gewerkschaftsangelegenheiten: Gerichte, Bullen und „Labour Board" raus aus internen Gewerkschaftsangelegenheiten - Keine Disziplinarmaßnahmen wegen Gewerkschaftsaktivität oder gegen Gewerkschaftsmilitanten - Für das Recht, politische Literatur in dem Betrieb vertreiben zu können — Bezahlung von Gewerkschaftsfunktionären auf Kosten der Firma, aus einem Fond unter Kontrolle der Gewerkschaftsmitglieder

Für Gewerkschaftskontrolle über Einstellungen: Keine Diskriminierung, keine Bevorzugung - Alle gewerkschaftlich kontrollierten Einstellungen auf der Grundlage: Wer zuerst kommt, erhält den Job — Höhere Einstufungen nach Länge der Betriebszugehörigkeit

Volle Rechte für Frauen: Schluß mit der Diskriminierung bei Einstellungen und Beförderungen — Bezahlter Mutter- und Vaterschaftsurlaub — Versorgungseinrichtungen für Kinder rund um die Uhr auf Kosten der Unternehmer unter Kontrolle der Arbeiter

Volle Rechte für ausländische Arbeiter: Übersetzung aller Gewerkschaftsliteratur ins Spanische und Französische - Für Gewerkschaftsfunktionäre, die spanisch und kreolisch fließend sprechen — Keine Ausweisungen — Volle Bürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter

Gegen Polizeiterror in den Städten: Ersetzung der Polizei durch eine rassisch-integrierte, bewaffnete Arbeitermiliz, die sich auf die Gewerkschaften gründet

Für internationale Arbeitersolidarität: Keine Importquoten
— Für international koordinierte Streikaktionen, um internationale gewerkschaftliche Organisierung und Angleichung der Löhne an das US-Lohnniveau zu erringen — Für eine internationale Auto- und Metallarbeitergewerkschaft

Schluß mit Entlassungen und Arbeitslosigkeit: Kampf den Entlassungen durch nationale Streiks für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich

Kündigung des Tarifvertrags: Für eine substantielle Lohnerhöhung - Für automatische Lohnerhöhungen bei Inflation - Weg mit allen Pflichtüberstunden für Hilfs- und Facharbeiter — Weg mit allen herausgenommenen Nebenverträgen

Schluß mit Sonderrechten für die Betriebsleitung: vertragliche Festlegung der Fließbandgeschwindigkeiten — **Weg** mit allen Schlichtungsverfahren - Betriebliche Schlichtung durch Vertrauensleute — Für das Streikrecht der Gewerkschaftsgrundorganisationen oder Betriebsabteilungen — Betriebsversammlungen ohne Vertreter der Betriebsleitung

Für Arbeiterkontrolle: Öffnung der Bücher zur Überprüfung durch die Arbeiter — Für Arbeiterkontrolle durch gewählte Betriebskomitees

Enteignung der Industrie: Für die entschädigungslose Enteignung der Öl-, Auto- und aller anderen Schlüsselindustrien

Für eine Arbeiterpartei: Keine Unterstützung der Demokraten oder Republikaner, den Parteien **des** Großkapitals — Für eine politische Partei der Arbeiterklasse, die sich auf die Gewerkschaften gründet und für eine Arbeiterregierung kämpft

-in: *The Militant Auto Worker,* 13. September 1974

Bei Local 6, UAW (Melrose Park, Illinois, Harvester) wurde der folgende Antrag einstimmig angenommen: *„Wir fordern unsere internationale Gewerkschaft auf, so viele finanzielle Unterstützung wie möglich den streikenden Bergarbeitern zu geben. Wir fordern die Gewerkschaft der Hafenarbeiter auf, jede Ladung von Gütern zu boykottieren, die dem Streik schaden könnte. "* (*WV* Nr. 39, 1. März 1974) Gruppen wie der MSC (UAW) und MAC (siehe unten) haben kräftig eine Serie von Einheitsfrontaktionen unterstützt, die von der SL/ÜS initiiert wurden. Diese Aktionseinheiten zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter wurden unter anderem auch getragen von folgenden Gewerkschaftsorganisationen: Coalition of Black Trade Unionists, Communications Workers of America, Local 1101, CWA Local 1103, CWA Local 1150, International Brotherhood of Electrical Workers, Local 827, International Longshoremen's Assoc., Industrial Union of Shipbuilding Workers of America (Port of N.Y.), Oil Chemical and Atomic Workers, District Council 8, OCAW Local 438, OCAW Maritime Local 8-149, Rank and File Committee for a Democratic Union within the NYCTA, und die United Farm Workers. Allerdings war die Unterstützung meist nur verbal.

Teil II dieses Artikels enthält:

- **Revolutionäre Chile-Solidarität**
- **Internationale Arbeiterboykotts: Wann und Wie**
- **Gewerkschaften raus aus dem von der CIA unterstützten „Amerikanischen Institut für freie Entwicklung der Gewerkschaften".**

Miguel Enriques in einem Gefecht getötet:

Freiheit für die Genossen des MIR!

Am 5. Oktober wurde Miguel Enriques, Generalsekretär des MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria) in einem Zweistündigen Gefecht mit Einheiten der chilenischen Polizei und Armee getötet. Während des Kampfes wurden noch zwei führende Mitglieder des MIR — Carmen Castillo (Enriques Kampfgefährtin) und Pascal Allende (der Neffe des ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende) schwer verwundet. Ihr Leben ist in unmittelbarer Gefahr! **Für alle Sozialisten und Militanten der Arbeiterbewegung besteht jetzt die dringende Pflicht darin, die sofortige und bedingungslose Freilassung von Castillo und Allende zu fordern!**

Die reaktionären Generäle haben mit diesem blutigen Angriff der größten Organisation links von der reformistischen Kommunistischen und Sozialistischen Partei einen weiteren schweren Schlag versetzt. In den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Junta werden unter unmenschlichen Bedingungen auch noch die MIR-Führer Arturo Villavola, Roberto Moreno, Victor Toro, Ricardo Ruz und Bautista Van Schouwen gefangengehalten. Van Schouwen ist durch wiederholte Folterungen verstümmelt und zu einem Invaliden gemacht worden.

General Pinochets blutbeflecktes Regime setzt seine massive Terrorkampagne fort mit dem Ziel, alle sozialistischen und Arbeiterorganisationen in Chile zu zerstören. Allein seit Juli sind fast 24.000 Opfer verhaftet worden! Unter den prominenten Führern anderer linker Gruppen, die immer noch verhaftet sind, sind der Führer der Kommunistischen Partei, Luis Corvalan, und Luis Vitale, Sympathisant des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale".

Die Anwendung von Foltermethoden im Stil der brasilianischen Gorillas ist in den letzten Monaten urkundlich bewiesen worden. Ein Bericht, der im Mai letzten Jahres vom Komitee zur Zusammenarbeit für den Frieden (Committee of Cooperation for Peace) - eine kirchliche Organisation, die Führer der chilenischen katholischen Hierarchie und prominente protestantische und jüdische Geistliche einschließt - zusammengestellt wurde, führt wahrheitsgetreu Hunderte von Fällen an, in denen u.a. folgende Folterungen angewandt wurden: Verbrennungen, Schläge, Schändung, Elektroschocks, Untertauchen in Wasser und Scheinhinrichtungen. Viele sind als Ergebnis dieser brutalen Folterungen umgekommen: Kürzlich sind als weiteres Beispiel dafür die verstümmelten Leichname von Alfonso Carreno (Mitglied des ZK der KP), Cortez Munroy (ein Führer der Radikalen Partei) und ein nicht zu identifizierender sozialistischer Führer Anfang August im Kellergeschoß des Santiagoer Arsenals gefunden worden. Eine ärztliche Untersuchung stellte fest, daß Carreno durch einen Schuß in den Hals getötet wurde.

Wir protestieren schärfstens gegen diese brutalen Morde, Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von Militanten der Linken und der Arbeiterbewegung! Die internationale Arbeiterbewegung muß ihre Unterstützung für die Opfer der Repression durch konkrete Aktionen proletarischer Solidarität demonstrieren. Ein effektives Mittel wäre der Boykott aller militärischen Güter nach Chile durch die Arbeiterbewegung, verbunden mit der Forderung nach der Freilassung aller Gefangenen der reaktionären Junta.

Ein weiterer wichtiger Schritt für die Militanten der Arbeiterbewegung wäre die Forderung, daß ihre Gewerkschaften alle Verbindungen mit George Meany's American Institute of Free Labor Development abbrechen sollen. Während Meany ständig heuchlerische Bemerkungen von sich gibt, die die Intervention der CIA im chilenischen Putsch im Jahre 1973 „beklagt", ist das AIFLD, das von der CIA unterstützt wird, eifrig damit beschäftigt, Streikbrecher„gewerkschaften", die im Sinne der Junta arbeiten, aufzubauen.

— **Freiheit für die Führer des MIR Castillo, Allende, Villavola, Moreno, Toro, Ruz und Van Schouwen! Freiheit für Corvalan und Vitale! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!**
— **Für einen Boykott der militärischen Güter nach Chile durch die Arbeiterbewegung! Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, raus aus dem von der CIA unterstützten AIFLD!**
- **Nieder mit der Junta — Für die proletarische Revolution in Chile!**

- aus: *Workers Vanguard,* Nr. 55, 25. Oktober 1974

Anmerkungen der KK-Redaktion:
1. Genossin Castillo ist von der Junta inzwischen freigelassen und nach England abgeschoben worden.
2. Die Militärjunta hat in der zweiten Novemberhälfte mehr als weitere 20 Genossen des MIR in Santiago verhaftet.
3. Der Genosse Alejandro de la Barra und die Genossin Ana Maria Puga wurden in einem Feuergefecht mit der Geheimpolizei in einem Vorort von Santiago ermordet. Weiter wird berichtet, daß Genosse Andres Pascal Allende (neuer Generalsekretär des MIR) sich im Norden Chiles aufhält, um ins Ausland zu flüchten.

25 Jahre VR China - 25 Jahre Stalinismus an der Macht

Die Geister der Mings und Mandschus im Verbotenen Palast müssen über das offenbar gegen den Herrscher gerichtete Ränkeschmieden hocherfreut sein. Sie glauben zweifellos, daß eine neue Dynastie in Peking regiert, die der ihren ziemlich gleicht. Marxisten jedoch haben solchen altertümlichen Hirngespinsten gegenüber den Vorteil, in den Intrigen innerhalb der chinesischen Bürokratie letztlich den durch das imperialistische Weltsystem verursachten und entwickelten Druck auf eine isolierte und rückständige Nation zu erkennen, die mit dem kapitalistischen System gebrochen hat. Die internen Kämpfe in der maoistischen Bürokratie, sogar in ihren bizarrsten, personifiziertesten Erscheinungen, sind unauflösbar mit dem Schicksal der chinesischen Revolution und der sozialistischen Zukunft der Menschheit verflochten.

Zur Macht gekommen durch massive Bauernaufstände, die dem Kapitalismus in China zerstört und einen deformierten Arbeiterstaat geschaffen haben, war die von Mao geleitete kleinbürgerliche nationalistische Elite gezwungen, Chinas Großmachtstatus wiederherzustellen. Während der fünfziger Jahre zwang der Druck der imperialistischen Kräfte die chinesische Bürokratie, im Lager der Sowjetunion zu bleiben. Als es jedoch zunehmend klarer wurde, daß das Kreml- Regime den Weltmachtambitionen Chinas entgegentrat, brach die chinesische Bürokratie mit dem sowjetischen Lager. Nachdem China einmal seine intensiven Beziehungen zur UdSSR abgebrochen hatte, sorgte der Konflikt zwischen der materiellen Rückständigkeit Chinas und den Großmachtbestrebungen seiner Herrschenden für einen turbulenten Fraktionskampf in den späten sechziger Jahren (die Kulturrevolution). Das Resultat des Kampfes war Chinas Um- •_ Wandlung von einem Allierten der Sowjetunion gegen den amerikanischen Imperialismus in einen Halbverbündeten der amerikanischen imperialistischen Diplomatie gegen die Sowjetunion.

Die Periode des ökonomischen Abenteurertums

Die Kulturrevolution stand in direkter Beziehung zum Fehlschlag des großen Sprungs nach vom und dessen Auswirkungen auf Maos Position in der Partei. Der große Sprung nach vom wiederum rührte von der Unmöglichkeit her, eine orthodoxe stalinistische Industrialisierungspoltik während Chinas ersten Fünfjahresplans (1953-58) durchzuführen. Das Stalinsche Modell der Industrialisierung bestand in der Verwendung des Großteils des wirtschaftlichen Über- . Schusses für große, moderne Schwerindustrieanlagen. Die Lebensmittel für die wachsende städtische Arbeiterklasse und die landwirtschaftlichen Rohstoffe wurden aus der Bauernschaft mittels Zwangskollektivierung herausgepreßt. Dies schloß notwendigerweise einen Verzicht auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsmittelkonsumtion ein, um den landwirtschaftlichen Überschuß für die wachsende Stadtbevölkerung zu steigern. Während der dreißiger Jahre fiel die russische Lebensmittelkonsumtion um 15 Prozent; es gab weitverbreitete Hungersnöte unter den Bauern, besonders in der Ukraine.

China war jedoch einfach zu arm, um die sowjetische Methode für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum anwenden zu können. 1953 produzierte China ungefähr halb so viel Nahrungsmittel pro Kopf wie die Sowjetunion 1929. Eine Herabsetzung der Lebensmittelproduktion, wie sie in Rußland während der dreißiger Jahre geschah, hätte in China Massenhungersnöte hervorgerufen. Der Konflikt zwischen Chinas Armut und der orthodox sowjet-stalinistischen Industrialisierung erreichte 1956 einen Höhepunkt, als rapid wachsende Investitionen einen Mangel an Konsumgütern und Rohstoffen verursachten, der zu Teuerungen führte. Statt die Industrialisierung nach Stalins Muster durchzuführen, gab die chinesische Bürokratie den ersten Fünfjahresplan auf und führte Sparmaßnahmen durch. 1957 wurden die Investitionen dann tatsächlich zurückgeschraubt; Arbeiter wurden entlassen und aufs Land zurückgeschickt.

Wie es oft unter stalinistischen Regimen geschieht, waren die wirtschaftlichen Einschränkungen mit einer politischen Liberalisierung (in diesem Fall der Hundert-Blumen-Kampagne) verbunden. Der Duft der aufblühenden Blumen entsprach jedoch dem Geschmack der Bürokraten überhaupt nicht. Das Ausmaß und die Tiefe der Unzufriedenheit, die die Hundert-Blumen-Kampagne offenlegte, alarmierte das maoistische Regime. Die Bürokratie hielt es für notwendig, ihre Autorität wieder geltend zu machen und den Massen eine größere Disziplin und einen erzwungenen Sinn für nationale Aufgaben aufzubürden.

Eine andere, wichtige Quelle der Politik des großen Sprungs nach vorn rührte von dem widersprüchlichen Zustand der Agrarkollektivierung her. Im Gegensatz zu Stalins Rußland hatte 1956 die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion eine große freiwillige Komponente.

Dies war möglich, weil die chinesische Kommunistische Partei (ChKP) aufgrund ihres Sieges über die Großgrundbesitzer und der gleichen Verteilung von Land eine beträchtliche moralische Autorität unter den Bauern genoß. Die Bauern hatten einen realen Einfluß auf die Planung der Produktion in den Kooperativen. Man erwartete jedoch von den Parteikadern, die die Kooperativen verwalteten, eine Maximierung der Erträge, d.h. die Reinvestierung eines größeren Teils des Einkommens und eine längere Arbeitszeit, als die Bauern freiwillig akzeptierten. So mußten die ländlichen Parteikader für die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion sorgen, ohne die Macht dazu zu haben. Folglich übten die Parteimitglieder Druck aus, um die Genossenschaften de facto in Staatsfarmen umzuwandeln, wo man den Bauern befehlen konnte.

Dieser Druck kulminierte 1958 im großen Sprung nach vorn. Kernstück dieser Politik war der Zusammenschluß von Kooperativen zu selbstgenügsamen, gigantischen Produktionseinheiten (Kommunen) mit mehreren tausend Familien. Es wurde erwartet, daß das Kommunen-System enorme Mengen von Arbeitskraft freisetzen würde, die man für die Expansion der Industrie durch handwerkliche Methoden benutzen wollte, um Schwerindustriegüter mit primitiven Techniken (z.B. mit völlig veralteten Schmelzöfen) zu

produzieren und riesige Projekte zur Wasserversorgung durchzuführen. Kommune-Mitglieder wurden lediglich auf der Basis ihrer Arbeitsleistung bezahlt, was letztlich eine Umwandlung der Bauernschaft in Lohnarbeiter ohne Eigentumsansprüche weder auf ihr Land noch die Produkte bedeutete. Der große Sprung nach vom wurde der Bauernschaft auf eine Art und Weise verkauft, die dem religiösen Versprechen nach dem Tausendjährigem Reich nahekam. China würde den Westen in wenigen Jahren einholen und den Kommunismus in fünfzehn Jahren erreichen. Kurz, den Bauern wurde erzählt, daß sie nach einigen Jahren der heldenhaften Aufopferung in einem Paradies auf Erden leben würden.

Was auch die praktische Wirkung auf die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums war, die „kommunistische Vision” hinter dem großen Sprung nach vorn war reaktionärer Utopismus. Statt eines Kommunismus, der von der internationalen Arbeitsteilung mehrerer entwickelter Arbeiterstaaten und der Beseitigung der Armut herrührt, wurde durch die primitive Arbeit von Millionen von Bauern (d.h. durch gleiche Verteilung der Armut) ein chinesischer „Kommunismus” aufgebaut. Aber solange es massive Armut gibt, wird die ökonomische Basis für die Entstehung einer parasitären Bürokratie - und schließlich für eine Rückkehr zur kapitalistischen Ausbeutung durch eine Konterrevolution - bleiben. Die chinesischen Führer sind hier keineswegs nichtsahnend; trotz ihrer absurden Behauptung, daß China ein *sozialistischer* Staat sei, beschuldigt man jede neuauftauchende „Anti-Partei-Clique von treulosen, verbrecherischen Verrätern”, die aus dem Apparat hinausgesäubert wird, daß sie den Weg zur Rückkehr zum Kapitalismus vorbereite. Sozialismus heißt Abschaffung der Klassen mittels Abschaffung der materiellen Grundlage der Klassenausbeutung — der wirtschaftlichen Armut. Für Marxisten ist das Proletariat *der* Träger des Sozialismus, nicht einfach weil es ein Opfer der Beraubung und Unterdrückung ist, sondern weil es die höchsten Errungenschaften der Menschheit verkörpert — die materielle Basis für eine wirkliche Kulturrevolution. Für Marxisten bedeutet Kommunismus die Ersetzung von hundert Bauern durch einen Traktor, für Maoisten bedeutet Kommunismus den Ersatz eines (nicht erhältlichen) Traktors durch die Arbeit von hundert Bauern.

Tatsächlich war der große Sprung ein beispielloser Versuch der Militarisierung der Arbeit. Die Bürokratie ließ die Bauern bis zum Ende ihrer Kräfte arbeiten. Die abscheulichen Bedingungen, entstanden durch das erzwungene Tempo der Produktion, werden deutlich, wenn man die folgende Direktive des Zentralkomitees an die kommunalen Parteikader liest: „Auf jeden Fall müssen acht Stunden für Schlaf und vier Stunden zum Essen und Erholen, zusammen zwölf Stunden, garantiert sein, und dies darf nicht reduziert werden” *{Peking Review*, 3. Dez. 1958).

Es ist heute bekannt, daß der große Sprung nach vorn zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führte, der einzigartig in der Geschichte der sino-sowjetischen Staaten war. Das exakte Ausmaß des Produktionsrückgangs bleibt unbekannt, da das Regime nie irgendwelche ökonomischen Statistiken für die Jahre 1960-63 veröffentlicht hat, was bereits ein beredtes Zeichen für die ökonomische Katastrophe ist. Annehmbare Schätzungen besagen jedoch, daß die Lebensmittelproduktion von 1958-60 um 15-20 Prozent fiel *(Current Scene*, Januar 1964), während die industrielle Produktion von 1959-62 um 30-40 Prozent fiel *(China Quarterly*, April-Juni 1970).

Die genauen Gründe für die durch den großen Sprung verursachte Katastrophe sind zahlreich. Schlechtes Wetter war in der Tat ein Faktor, wenngleich die Maoisten diesen Umstand in ein Alibi verwandelt haben. Das Regime, das an seine eigenen hoffnungslos überhöhten Statistiken glaubt, kürzte in Realität die Getreideanbauflächen, über die 1959 zur Aussaat verfügt wurde. Kommuneleiter konzentrierten das vorhandene Arbeitskräftepotential auf Glanzprojekte wie rückständige Schmelzöfen und Bewässerungsvorhaben, die landwirtschaftliche Arbeit zu wenig berücksichtigend. In der Hysterie wurden Qualitätskontrollen völlig abgeschafft, um hohe Leistungsstatistiken aufweisen zu können. Ein Großteil des Kommune-Stahls war unbrauchbar und mehr als die Hälfte des neubewässerten Landes war wie verlautet unbebaubar. Der Drang nach Selbstgenügsamkeit der Kommunen resultierte in Versuchen, landwirtschaftliche Produkte (wie z.B. Baumwolle) unter unmöglichen geographischen Bedingungen anzubauen. Der abrupte Stop der sowjetischen Hilfe I960 war ein wichtiger Faktor, der mit den Rückgang der Produktion in der Schwerindustrie verursachte.

Entscheidend ist jedoch, daß die wirtschaftliche Katastrophe durch die grobe Verletzung der Eigentumsinteressen der Bauern und die rigide Militarisierung der Arbeit als Hauptursachen entstand. Die Bauern rebellierten gegen das Kommunesystem auf die für sie einzig mögliche Weise - durch die Weigerung zu produzieren. Daß die bäuerlichen Interessen der Kern des Fehlschlags des großen Sprungs waren, wurde von der chinesischen Bürokratie zugegeben. Während des Rückzuges war das Regime zu bedeutenden Zugeständnissen an individualistische bäuerliche Neigungen gezwungen. In diesem Sinn war der große Sprung entscheidend: Er bewirkte, daß die moralische Autorität, die die kommunistische Partei im Bürgerkrieg und durch die gleiche



Mao Tse-tung empfängt Nixon in seiner Pekinger Residenz (ganz links: Tschou En-lai)

Verteilung von Land gewonnen hatte, verloren ging. Nach 1960 konnten die Bauern nicht länger mit sozialen Idealen oder Versprechungen einer Zukunft im Überfluß gewonnen werden, sondern nur auf der Basis der Berücksichtigung ihres materiellen Interesses.

Maos Degradierung und der große Schritt zurück

Mao war hauptverantwortlich für den großen Sprung nach vom. Und von allen Parteiführern verteidigte er allein ihn weiterhin. Er verteidigte sogar die rückständigen Schmelzöfen, obwohl er sah, daß Chinas Mangel an Eisenbahnen es schwierig machte, die produzierten Stahlbarren für irgend einen nützlichen Zweck zu verwenden. Während der Rest der Parteiführung erkannte, daß der große Sprung nach vom fehlgeschlagen war, weil er das Eigeninteresse der Bauern grob verletzte, schob Mao das Mißlingen auf „Fehler" und „Exzesse" der lokalen Kader. Somit verwarf Mao nie die Prinzipien, die dem großen Sprung zugrunde lagen.

Da er weiterhin eine Politik verteidigte, die China an den Rand von Hungerkatastrophen gebracht hatte, war es vorauszusehen, daß Mao von anderen Sektionen der Bürokratie angegriffen wurde. 1959 startete Verteidigungsminister Peng Te-huai, ein orthodoxer prorussischer Stalinist, einen direkten Angriff gegen Mao, da dieser die Massen vor den Kopf gestoßen, ein ökonomisches Chaos geschaffen und unnötigerweise Spannungen mit der Sowjetunion gefördert hatte. Obwohl Marshall Pengs Frontalangriff fehlschlug und er ausgeschlossen wurde, schwächte er dennoch Maos Position.

Während der Jahre 1959-61, als die verheerenden Folgen des großen Sprungs immer offenbarer wurden, verlor Mao viel von seiner Autorität unter den Führungskadern. Er wurde aus der zentralen Führung entfernt, und durch eine von Liu Schao-chi (lange Zeit Maos Nr. 2) geführte Gruppe, Tschou En-lai, Teng Hsiao-ping (Generalsekretär der KP) und Peng Tschen ersetzt. Mao und seine Anhänger (Lin Piano und Chen Po-ta) wurden zu einer links-kritischen Tendenz innerhalb der breiteren Parteiführung degradiert. Die Veränderungen in der zentralen Parteiführung wurden vor der Öffentlichkeit verborgen, obwohl zwei von Peng Tschens Untergebenen (Wu Han und Teng To) kaum verhüllte Angriffe gegen Mao publizierten, die später als Vorwand für die Lancierung der Kulturrevolution dienten.

Um vom großen Sprung wieder zu genesen, betrieb das Liu-Regime eine bucharinistische Wirtschaftspolitik, die die landwirtschaftliche wie die industrielle Produktion berücksichtigte. Die Kommunen wurden aufgelöst und durch das niedrigste Niveau der Kollektivierung, der „Produktionsbrigade" von ungefähr zwanzig Familien, ersetzt. Der freie Markt ebenso wie der Privatbesitz an Grundstücken und Vieh wurden gefördert. 1962 war die private Getreideernte in Yünnan größer als die Kollektivernte. 1964 gab es in Kueichou und Szechuan mehr privaten als kollektiven Ackerbau.

1961 verhängte die Regierung einen totalen Bann über die Neueinrichtung von Industrieanlagen. Das Tempo der industriellen Expansion wurde von dem frei erwirtschafteten ' Gewinn der Bauern und Produktionsbrigaden abhängig gemacht. Unter chinesischen Bedingungen ist eine Politik, die die industrielle Entwicklung vom Wachsen des bäuerlichen Marktes abhängig macht, im höchst elementaren Sinn antiproletarisch. 1964 erzählte Chinas führender Wirtschaftsplaner Po I-po Anna Louise Strong, daß das Regime die Reduzierung der Stadtbevölkerung um 20 Millionen Einwohner beabsichtige (Strong, *Briefe aus China).*

Die Rückkehr zu einer Marktwirtschaft kombiniert mit einem starken Niedergang der KP im Ansehen des Volkes schufen mächtige *disintegrative* Tendenzen innerhalb der Bürokratie selber. Personelle Habgier, Karrierismus, Verteidigung engstirniger Interessen und regionale Sonderinteressen begannen zu wuchern. Während der Kulturrevolution wurde berichtet, daß 1962 die Schanghaier und andere regionale Parteien Getreide aus Chekiang, einem der wenigen Überschußgebiete, beschlagnahmten. Der erste Sekretär der Partei in Chekiang soll geantwortet haben: „Chekiang ist keine Kolonie von Schanghai...ich habe Schweine zu füttern" *(China Quarterly,* Oktober-Dezember 1972). " Diese Antwort versinnbildlicht die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektionen der Bürokratie in dieser Periode.

Mao repräsentierte den nationalen messianisch-utopischen Flügel der Bürokratie. Er war deswegen über den wachsenden Niedergang der Disziplin, Einheit und des Nationalgeistes innerhalb der Partei tief beunruhigt. 1962 gründete er eine Interessengruppe, das Sozialistische Erziehungskomitee, mit dem Ziel, den Sinn der Parteikader für Begeisterungsfähigkeit wiederherzustellen und den Trend zum bäuerlichen Individualismus in der Wirtschaftspolitik zu begrenzen. Die Anstrengungen des Sozialistischen Erziehungskommittees

zeugten von der Wirkungslosigkeit gegenüber der Stärke des bürokratischen Routinismus.

Im Hinblick auf die Kulturrevolution ist es notwendig, die beträchtliche Übereinstimmung zwischen Maos Politik und der des von Liu geführten Parteizentrums in den Jahren 1961-65 zu unterstreichen. Während Mao eine größere Kollektivierung der Landwirtschaft bevorzugte, unterstützte er fest eine solche Politik, die das soziale Gewicht der Bauernschaft gegenüber der Arbeiterklasse stärkte, so z.B. die Übersiedlung von Teilen der Stadtbevölkerung aufs Land. Mao hat immer versucht, das chinesische Proletariat als besondere Klasse zu liquidieren und in den ländlichen Massen aufzulösen.

Es gab keinen bedeutsamen Unterschied zwischen Mao und Liu in ihrer Haltung gegenüber dem Proletariat. Dies wurde offensichtlich durch Maos Verteidigung des Systems von Werktätigen, die „sowohl Arbeiter als auch Bauern" sind, während der Kulturrevolution, trotz dessen Unbeliebtheit und negativen ökonomischen Folgen. Aufgrund dieser höchst antiproletarischen Politik (1963 von Liu eingeführt) wurden Bauern eingezogen, um diese zeitweilig industrielle Arbeit leisten zu lassen. Sie wurden geringer bezahlt als die ständigen Arbeiter, erhielten nicht die umfassende Sozialversorgung, wie sie für reguläre Arbeiter üblich sind, und durften nicht den Gewerkschaften beitreten. Umgekehrt wurden dauernd in den Gewerkschaften organisierte Arbeiter durch Werktätige, die „sowohl Arbeiter als auch Bauern" sind, ersetzt und aufs Land geschickt! Dieses System geht ausgezeichnet mit Maos „Ideal" einer kommunistischen Gesellschaft und deren effektiven Mechanismus, die Löhne * niedrig zu halten (um die staatliche Akkumulation zu steigern), konform. Dieses Austauschsystem war eine wichtige Ursache für die Arbeiterunruhen während der Kulturrevolution. Die Maoisten verteidigten nicht nur das System, sondern unterdrückten auch die Organisationen der von den ländlichen Volkskommunen „gemieteten" Arbeiter, die spontan entstanden, um die Interessen der zeitweiligen Arbeiter vom Lande zu verteidigen.

Auch gibt es keinen Beleg dafür, daß es vor 1965 bedeutsame Unterschiede zwischen Mao und dem Rest der KP-Führung über die Außenpolitik gab. Es waren Liu und Teng, nicht Mao, die die Kampagne gegen den „chruschtschowistischen Revisionismus" organisierten. Viele der heutigen Maoisten sollten darüber nachdenken, daß sie für die chinesische Linie aufgrund der von Liu, Teng und Co. geführten „antirevisionistischen" Kampagne gewonnen wurden, *nachdem* diese Mao aus der zentralen Führung ausgestoßen hatten.

Indonesien und Vietnam auf dem Weg nach Washington

1962 enthüllte Mao während eines Parteiplenums, daß Stalin der ChKP in den späten vierziger Jahren nicht traute und sie eines potentiellen Titoismus verdächtigte. Mao berichtete weiterhin, daß die ChKP nie ihre Unabhängigkeit geopfert hätte, während er Stalins Vertrauen zu gewinnen suchte. Die Polarisierung durch den kalten Krieg, insbesondere der Koreakrieg, ließ China kaum eine andere Wahl, als ein Teil des sowjetisch geführten Blocks zu werden. Mitte der fünfziger Jahren versuchte die ChKP, ihre eigene Tendenz innerhalb des sowjetischen Blocks zu entwickeln, indem sie unter den osteuropäischen KPen aktiv auf einer mehr von Moskau unabhängigen Linie manövrierte. Ein wichtiges Nebenprodukt dieser Aktivitäten war die Schlüsselrolle des maoistischen Regimes bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956, indem es die Sowjets dazu drängte und das Geschehnis international rechtfertigte.

Zum „Geist von Camp David" (der friedlichen Koexistenz Eisenhower-Chruschtschows) gehörte das Verständnis, daß der Kreml die Expansion des chinesischen Staates überwachen würde. Die Hauptbeispiele dafür und wahrscheinlich die Hauptereignisse, die zum sino-sowjetischen Bruch führten, waren Chruschtschows Versuch von 1958, Chinas militärischen Druck auf die Inseln der Taiwan-Straße zu beseitigen, die sowjetische Weigerung, China mit der Möglichkeit, Nuklearwaffen zu produzieren, zu versorgen, und die pro-indische „Neutralität" während des chinesisch-indischen Grenzkrieges von 1960. Chinas immer schärfer werdende politische Attacken gegen die Sowjets vergalten diese schließlich mit dem Abbruch sämtlicher Wirtschaftshilfe im Jahre i960. Dieses Datum kann als das offizielle Datum des Bruchs genommen werden.

Nach dem Abfall vom sowjetischen Lager bestand Chinas Außenpolitik in dem Versuch, die „Dritte Welt" - ein Begriff, dessen Definition das gaullistische Frankreich einschloß! — gegen die zwei Supermächte zu formieren. In dieser Periode konnte die chinesische Außenpolitik einige episodische diplomatische Gewinne registrieren. 1965 jedoch wurde die Dritte Welt zum Sperrgebiet für chinesische Diplomaten. Eine Reihe von „Freunden Chinas" wurden durch Militärputsche gestürzt, am beachtenswertesten der Sturz von Nkrumah, der zu dieser Zeit passender Weise gerade die VR China besuchte. Im Verlaufe dieser Rechtsputsche wurde die zweite Afro-Asiastische Konferenz, die die Chinesen in ein antisowjetisches Forum umzukehren beabsichtigt hatten, gestrichen. Der völlig vernichtende Schlag war der Sturz Sukarnos in Indonesien, der zur physischen Liquidation der prochinesischen KPI führte, der größten stalinistischen Partei ohne Staatsmacht.

Die rechten Coups, die sich in Asien und Afrika 1965 ereigneten, demonstrierten, daß die Stärke des US-Imperialismus nicht nur in seiner direkten militärischen Macht, sondern auch in seinen organischen Verbindungen mit den besitzenden Klassen in der ganzen Welt liegt. Immer dann, wenn der Klassenkampf ein gewisses Ausmaß erreicht, bricht die Kolonialbourgeoisie ihre Flirts mit Peking oder Moskau und sucht Schutz bei der amerikanischen herrschenden Klasse als dem Hauptverteidiger der kapitalistischen Ordnung in dieser Epoche.

Als Chinas grandiose „Dritte Welt"-Strategie unter den enthaupteten Körpern der indonesischen Arbeiter und Bauern begraben war, drohte China eine neue Gefahr — die US-Eskalation in Vietnam. Die offensichtliche Unfähigkeit der „Dritten Welt", China zu schützen, kombiniert mit dem Bombardement des US-Imperialismus vor seiner Haustür, verursachte schwere Differenzen innerhalb der Bürokratie. Eine Gruppe um Liu, Peng Tschen und den Chef des Stabes der Volksbefreiungsarmee Lo Jui-ching wollte die Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion stoppen und eine Art von militärischer Einheitsfront (bezüglich Vietnams) schaffen. Die Mao-Lin-Gruppierung wollte den • Bruch mit der UdSSR eskalieren und vor allem eine nochmalige Koreakrieg-Situation vermeiden.

In einem gewissen Sinne wurde die erste Schlacht der Kulturrevolution im Kommandostab der VBA ausgefochten. Hinter der Ausflucht: „Professionalismus" gegen „Politik" verbarg sich in Wirklichkeit ein Kampf über die Politik gegenüber Vietnam und einer Militärallianz mit der Sowjetunion. Lo Jui-ching wünschte eine aktive Vorbereitung einer möglichen Bodenintervention in Vietnam. Lin Piao

argumentierte, daß der Ruf nach dem „Volkskrieg” in Wirklichkeit ein Ruf nach der *Deeskalation* des Vietnam-Kriegs zurück auf das niedrige Niveau eines Guerilla-Kampfes bedeute - um so die Gefahr, daß China in eine weitere Korea-Kriegssituation geraten könnte, zu vermeiden. Lins Sieg über seinen Stabschef war ein Sieg für Chinas erstmaligen militärischen Isolationismus.

Zur Entscheidung kam es Anfang 1966, als die formal prochinesische japanische kommunistische Partei ein militärisches Einheitsfrontkonzept der stalinistischen Mächte bezüglich Vietnams auszuarbeiten versuchte. Ein gemeinsames chinesisch-japanisches KP-Statement über Vietnam wurde ausgehandelt, daß die Russen nicht des „Revisionismus” bezichtigte und somit die Tür für eine sino-sowjetische Zusammenarbeit öffnete. In der elften Stunde sabotierte Mao das Abkommen und griff öffentlich die Parteiführer an, besonders Peng Tschen, die dafür verantwortlich waren. Mao war entschlossen, nicht den Argwohn des US-Imperialismus durch Solidaritätsbekundungen mit der UdSSR zu provozieren. Unter dem Vorwand, den „Revisionismus” zu bekämpfen, gab Mao so dem „Weltgendarm” zu verstehen, daß China sogar angesichts der mörderischen Angriffe gegen die Arbeiter und Bauern anderer Länder nicht intervenieren würde, solange China nicht direkt angegriffen würde. Somit war die Entspannung mit den USA nicht einfach ein Rechtsruck, der einen Rückzug von der Kulturrevolution markierte. Maos Streben nach einer Allianz mit dem amerikanischen Imperialismus — um so besser den Kampf mit seinem „Hauptwiderspruch”, mit dem „sowjetischen Sozialimperialismus”, betreiben zu können — war tatsächlich eine der wesentlichen Grundlagen für die „Kulturrevolution”.

Es gab eine klare Beziehung zwischen den zerstrittenen Gruppen hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik. Weil sich das von Liu geführte Zentrum darauf vorbereitete, die Bürokratie in karrieristischen Routinismus absinken und sich materielle Vorteile schaffen zu lassen, konnte sich das Parteizentrum nur vorstellen, China innerhalb des allgemeinen militärischen Einflußbereichs der Sowjetunion zu verteidigen. Da Mao und Lin entschieden, daß China eine zweite Supermacht wie niemand sonst sein sollte, beschlossen sie, die Bürokratie und die Massen zu mobilisieren und gleichzeitig zu disziplinieren, um Chinas materielle Rückständigkeit so schnell wie möglich zu überwinden.

Die anti-proletarische Anti-Kultur-Revolution

Kurz, die „Kulturrevolution” war ein Versuch, die Massen zu mobilisieren, um die materiellen Bedingungen für die

chinesische Großmachtpolitik im Feuer eines nationalen Messianismus zu schaffen. Dazu mußten die Maoisten eine immer konservativer werdende und eigennützige administrative Bürokratie säubern. Zu diesem Zweck wendete Mao sich den Offizieren der VBA und der plebejischen Studentenjugend zu. Nachdem das Offizierskorps von prorussischen versöhnlerischen Tendenzen gesäubert worden war, fand es sich natürlicherweise im maoistischen Lager wieder. Die soziale Position der Offiziere bewirkte, daß diese sich mehr der langfristigen Stärke des chinesischen Staates als lokal begrenzten Interessen verpflichtet fühlten. Außerdem wurden sie vom direkten Druck der Massen befreit und begrüßten selbstverständlich stärkere Aufwendungen für die Waffenproduktion. Die studentische Jugend war im wesentlichen die Bürokratie von morgen. Sie war der Erbe des chinesischen Regimes und wünschte eine starke und mächtige Regierung mit hart arbeitenden und genügsamen Untertanen. Der unabdingbare Anspruch der ehrgeizig erzogenen Jugend liegt in der Zukunft der kleinbürgerlichen Schicht. Aus diesem Grund bemächtigte sie sich leicht der utopischen Ideale und griff jene an, die durch ihre prosaischen Bedürfnisse die Realisierung solcher Ideale verhinderten.

Mit Hilfe Lins und der VBA-Führung gelang es Mao leicht, seine Hauptfraktionsgegner — Liu, Teng und Peng - 1966 zu entfernen, bevor die Massen in die Kulturrevolution einbezogen wurden. Die Ausschaltung aller Gegner in der Bürokratie erwies sich als weit schwieriger. Schließlich erwies es sich als unmöglich. Um verstehen zu können, wie die fest im Sattel sitzenden Bürokraten sich der Kulturrevolution widersetzten, ist es notwendig zu sehen, was passierte, als die „proletarisch-revolutionären” Roten Garden dem chinesischen Proletariat gegenüberstanden — auf der anderen Seite der Barrikade!

Was auch immer für Illusionen die chinesischen Massen über die große proletarische Kulturrevolution gehabt haben mögen, es wurde schnell klar, daß sie keine positiven Veränderungen für das Proletariat bedeutete. Unter dem Slogan der Bekämpfung des „Ökonomismus” machten die radikalen Maoisten schnell klar, daß sie beabsichtigten, die Löhne niedrig zu halten und die Arbeitsleistung zu intensivieren. Während des Jahres 1966 gab es eine Reihe von Arbeiterkämpfen, die im Schanghaier Generalstreik im Januar 1967 und in einem landesweiten Eisenbahnarbeiterstreik ihren Höhepunkt erreichten, dem größten Zusammenstoß zwischen dem chinesischen Proletariat und der stalinistischen Regierung bis heute.

Die Eisenbahnarbeiter waren einer der am selbstbewußtesten proletarischen Teile der chinesischen Gesellschaft, mit eigenen Wohnzentren und Schulen. Die Auswirkungen der Kulturrevolution auf die Eisenbahner waren besonders schwer, da diese zusätzlich zum normalen Verkehr riesige Armeen von Rotgardisten durch das ganze Land transportieren mußten. Außerdem verlangte man von ihnen, nach einem langen Arbeitstag noch die Ideen des Vorsitzenden Mao zu studieren. Wegen dem zusätzlichen Verkehr wurden bestehende Sicherheitsbestimmungen mißachtet. Als die Arbeiter sich beklagten, attackierten die Rotgardisten „alte (Sicherheits-)Bestimmungen, die nicht mit den Mao Tse-Tung-Ideen konform gehen” *{Current Scene,* 19. Mai 1967). Zweifellos glaubten die Rotgardisten, daß die Ideen Mao* Tse-tungs mächtiger als Naturgesetze seien! In den Verhandlungen um eine Verkürzung der Arbeitszeit bzw. der Bezahlung der Überstunden organisierte die Schanghaier Eisenbahner-Gewerkschaft auch andere Arbeiter. Im Dezember garantierten die Schanghaier Behörden eine allgemeine Lohnerhöhung. Als das maoistische Zentrum in Peking die



Kulturrevolutionäre Rotgardisten prangern Abweichler mit Schandhüten an

Lohnerhöhung rückgängig machte, stoppten die Schanghaier Arbeiter und Chinas Eisenbahner die Arbeit.

Die Roten Garden und die VBA überwältigten die lokale Schanghaier Regierung und setzten ihre Bemühungen fort, den Streik zu zerschlagen. Der berühmte „Brief an alle Schanghaier” *{Schanghai Liberation Daily,* 5. Januar 1967) begann mit der Anordnung „Haltet entschlossen an der Revolution fest! Fördert die Produktion und zerschlagt restlos den neuen Gegenangriff der bürgerlichen reaktionären Linie!” Der „Brief’ fuhr fort, Anti-Partei-Elemente dafür verantwortlich zu machen, daß Arbeiter aufgehetzt wurden, ihre Arbeitsplätze zu verlassen und nach Peking zu gehen. Das war eine kuriose Propaganda der angeblichen Führer einer „proletarischen” Revolution gegen diejenigen, die die Macht innehatten. Es dauerte lange, den Eisenbahnarbeiterstreik zu brechen, Universitätsstudenten mußten als Streikbrecher eingesetzt werden.

Nach den Ereignissen vom Januar 1967 hatten diejenigen Bürokraten, die von den Roten Garden angegriffen wurden, wenig Mühe, eigene aus Arbeitern zusammengesetzte „Rote Garden” zu ihrer Verteidigung zu organisieren. Die Arbeiter verstanden, daß bei einer Machtübernahme durch die Maoisten sie zwölf Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche würden arbeiten und danach weitere acht Stunden die „Mao Tse-tung-Ideen” hätten studieren müssen. Auch

in den Straßenkämpfen, die in Chinas Städten ausbrachen, gewannen die radikalen Maoisten nicht.

Trotz der „Beteiligung" der Massen blieb die Kulturrevolution ein Kampf *innerhalb* der Bürokratie. Es war eine Schlacht zwischen der Mao-Lin-Fraktion und dem atomisierten, konservativen Parteiapparat. Zur Hauptsache wurden die Studenten und Arbeiter durch bürokratische Gruppierungen organisiert und zynisch manipuliert. Revolutionäre Marxisten konnten weder den utopisch-militaristischen Nationalismus der maoistischen Fraktion noch die verschiedenen Karrieristen, die um ihre Positionen kämpften, unterstützen.

Vom kommunistischen Standpunkt aus betrachtet, polarisierte die Kulturrevolution die chinesische Gesellschaft auf eine falsche Weise, indem sie subjektiv revolutionäre studentische Jugendliche, die gegen Bürokratismus zu kämpfen glaubten, gegen Arbeiter mobilisierte, die ihren Lebensstandard verteidigten. Wäre eine chinesische trotzkistische Organisation in der Lage gewesen einzugreifen, wäre es ihre Aufgabe gewesen, diese falschen Linien des Kampfes zu durchkreuzen und eine genuin kommunistische Opposition gegen die Bürokratie *als ganze* aufzubauen.

Zu den Roten Garden hätten die Trotzkisten folgendes sagen müssen: Erstens kann kommunistisches Bewußtsein nicht durch Methoden des religiösen Mystizismus unter den Arbeitern geschaffen werden, sondern nur dann, wenn die Arbeiter die Möglichkeit haben, die chinesische Gesellschaft durch demokratische Institutionen (Räte) zu regieren und zu kontrollieren. Zweitens müssen die Sozialismus-Vorstellungen vom Militär-Barracken-Asketentum gesäubert werden. Kommunisten sind aufrichtig am materiellen Wohlbefinden der Massen und nicht an der Glorifizierung der Armut und endlosen Plackerei interessiert. Am wichtigsten ist wahrscheinlich, daß eine kommunistische Gesellschaft in China nicht durch bloße Willenskraft und Opfer des chinesischen Volkes aufgebaut werden kann. Das erfordert die Hilfe der siegreichen proletarischen Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern — Revolutionen, die durch die stalinistische Außenpolitik Chinas blockiert werden. Es ist eine zentrale Aufgabe chinesischer Kommunisten, die Macht und Autorität des chinesischen Staates zur Förderung der sozialistischen Weltrevolution zu gebrauchen. Das bedeutet nicht nur einen Bruch mit der Politik der Kollaboration mit antiproletarischen nationalistischen bürgerlichen Regimen, sondern auch die unmittelbare Forderung nach einem militärischen Block mit der Sowjetunion, am dringendsten in Indochina, selbst dann, wenn die UdSSR unter bürokratischer Herrschaft bleibt.

Denjenigen Arbeitern, die zur Verteidigung der amtierenden Apparatschiks gegen radikale Maoisten getrieben wurden, müßten Trotzkisten folgendes sagen: Die materiellen Interessen der Arbeiter können nicht durch eine Unterstützung der „weichen" korrupten Elemente innerhalb der Bürokratie gefördert werden. Diese materiellen Interessen können nur befriedigt werden, wenn eine Arbeiterregierung die chinesische Wirtschaft kontrolliert, die die tötende Kontrolle der konservativen Bürokratie ersetzt. Zur Erhaltung der politischen Macht müßte die Arbeiterregierung tatsächlich Lohnerhöhungen wegen militärischer Zwecke beschränken und Teile der Bauernschaft in die industrielle Arbeitskraft absorbieren. Die Diktatur des Proletariats kann nicht mit einer kleinen, relativ privilegierten Arbeiterklasse, umgeben von verarmten Bauern, leben. Eine fundamentale Verbesserung in den materiellen Bedingungen des chinesischen Volkes kann jedoch nur durch die Mittel erzeugt werden, die von entwickelteren Arbeiterstaaten zur Verfügung gestellt werden. Wirtschaftliche Hilfe für China durch eine internationale revolutionäre Entwicklung muß keine langfristige Perspektive bleiben. Eine Arbeiterrevolution in China würde einen gewaltigen Anstoß zu einer sozialistischen Revolution in Japan geben, Asiens Industriemacht, die ein kämpferisches Proletariat und eine brüchige Sozialstruktur hat. Die komplementäre, geplante Entwicklung von Japan und China hätte dann einen langen Weg vor sich, die Armut des chinesischen Volkes zu überwinden. Dies ist die Politik, die Trotzkisten den kampfbereiten chinesischen Arbeitern und Studenten während der Kulturrevolution hätten weisen müssen.

Wer waren die Sieger?

Da die amtierenden Bürokraten in der Lage waren, Arbeitergruppen zur Bekämpfung der Roten Garden zu organisieren, wurden die radikalen Maoisten mattgesetzt. Das maoistische Zentrum vollzog dann einen Schritt, der den Kurs der Kulturrevolution völlig änderte und schließlich zu ihrer Liquidierung führte. Im Februar 1967 wurde die Armee aufgerufen, die Roten Garden bei der „Machtergreifung" zu unterstützen. Nun ist das Offizierskorps vom Fleisch und Blut der Bürokratie und ist durch zahllose personelle und soziale Verflechtungen mit den Apparatschiks verbunden. Als eine Bedingung für die militärische Unterstützung Roten Garden forderte die Führung der VBA, daß es keine Massenausschlüsse der amtierenden Bürokraten geben dürfe, daß diesen erlaubt wurde, sich selbst zu rehabilitieren. Dies war die sogenannte „Milde-Kader-Politik". Die Rolle der VBA bei der Erhaltung der Bürokratie war durch eine Veränderung im formalen Programm der Kulturrevolution kodifiziert. Anfang 1966 wurde vermutet, daß die Kulturrevolution ein politisches System ähnlich dem Modell der Pariser Kommune schaffen würde. Zu Beginn des Jahres 1967 wurde dies in die sogenannte „Dreierallianz" der „revolutionären Rebellen" (Rotgardisten), der VBA und den „revolutionären Kadern" (amtierenden Bürokraten) umgewandelt. Natürlich hatte das Offizierskorps die Führung inne.

Die wirkliche Beziehung zwischen der VBA und den Roten Garden wurde durch den berühmten Zwischenfall von Wuhan im August 1967 enthüllt, wenngleich der Armeekommandeur auch zu weit ging. In einem Fraktionskampf zwischen zwei Rotgardistengruppen unterstützte der Armeekommandeur selbstverständlich die rechtere. Als ein paar maoistische Emissäre aus Peking kamen, um die radikalere Fraktion zu unterstützen, wurden sie vom Armeekommandeur verhaftet. Für diesen fast an Meuterei grenzenden Akt wurde dieser entlassen. Der aufrührerische Kommandeur, Tschen Tsai-tao, ist heute wieder an der Macht, die maoistischen Emissäre wurden als „Ultralinke" ausgebootet.

Der Wuhan-Zwischenfall kehrte das maoistische Zentrum zeitweilig gegen die VBA-Führung, die Kulturrevolution erreichte ihren Gipfel der anarchistischen Gewalt, unter anderem in der Brandstiftung in der britischen Botschaft. Ende 1967 wurde der Druck der VBA-Führung, schärfer gegen die Roten Garden vorzugehen, unwiderstehlich. Am 28. Januar 1968 kündigte die *Liberation Army Daily* an, daß die VBA „die Linke unterstützen würde, aber keine besondere Fraktion" - eine kaum verhüllte Drohung, die Roten Garden zu zerschlagen. Der Artikel fuhr fort mit einem Angriff auf den „kleinbürgerlichen Fraktionalismus". Ungefähr zur gleichen Zeit erklärte Tschou En-lai, daß die Führung der großen proletarischen Kulturrevolution von der Studentenschaft und Jugend zu den Arbeitern, Bauern und Soldaten übergegangen sei. Während des Jahres 1968 übertönten die



Tschou En-lai, Mao Tse-tung und Lin Piao (von links nach rechts)

Angriffe gegen „kleinbürgerlichen Fraktionalismus”, „Anarchismus” und „Sektierertum” den Angriffen auf „Wegbereiter des Kapitalismus” und gegen „Revisionismus”.

Es endete mit einer Mangofrucht. Der letzte Vorhang fiel im August 1968 über die Kulturrevolution, als Mao persönlich intervenierte, um einen Fraktionskampf zwischen studentischen Rotgardisten an Pekings Tsinghua Universität (wo die erste Rotgardistengruppe entstand) zu lösen. Nachdem es ihm mißlungen war, den Streit in seinem Sinne zu lösen, soll Mao gesagt haben: „Ihr habt mich im Stich gelassen, und was noch wichtiger ist, ihr habt Chinas Arbeiter, Bauern und Soldaten enttäuscht” *{Far Eastem Economic Review,* 29. August 1968). Innerhalb 48 Stunden kam Chinas erstes „Arbeiter-Bauern-Team zur Propagierung der Mao- Tse-tung-Ideen”, von VBA-Offizieren kommandiert, zur Tsinghua Universität und löste die Roten Garden auf. Für diesen Dienst schickte der Vorsitzende persönlich dem Team Mangopflaumen. Durch ähnliche Methoden wurden die Roten Garden im ganzen Land unterdrückt. Diejenigen Aktivisten, die größeren Widerstand leisteten, wurden aufs Land geschickt, um ihr Denken durch schwere körperliche - Arbeit zusammen mit den Bauern „umzuformen”; das übliche Schicksal all derjenigen, die Mao „enttäuschen”.

Die maoistische Fraktion gewann die Kulturrevolution nicht. Mao hatte zweifellos erwartet, die administrative Bürokratie mit eindeutig ihm loyalen Kadern, durchsetzt von jungen Fanatikern, ersetzen zu können und dadurch einen Massenenthusiasmus hervorzurufen. Stattdessen stärkte die Reaktion des Volkes gegen die Kulturrevolution den Widerstand der amtierenden Bürokratie. Nach der Einbeziehung der Armee war Mao gezwungen, eine bonapartistische Rolle zwischen VBA-Offizieren, die den bürokratischen Konservatismus repräsentierten, und der radikalen studentischen Jugend zu spielen.

Daß die alte Bürokratie größtenteils erhalten geblieben ist, demonstrierte die Zusammensetzung des 1969 auf dem neunten Kongreß der ChKP - dem sogenannten „Kongreß der Sieger” — gewählten Zentralkomitees. Das Durchschnittsalter im ZK betrug 61 Jahre und die Dauer der Parteimitgliedschaft 25 Jahre. Zwei Drittel des 1945 gewählten ZKs (sofern nicht schon vorher gestorben oder vor der Kulturrevolution ausgeschaltet) wurden 1969 ins ZK wiedergewählt! Der Anteil derjenigen, die am langen Marsch teilgenommen hatten (Maos alte Garde), war ebenso wie der Anteil der VBA-Offiziere (45 Prozent) gestiegen. Wohl kaum ein naiver fanatischer Maoist hätte dies als Resultat der vorgeblich antibürokratischen „Revolution” erwartet!

Die endgültige Liquidierung der Kulturrevolution kam mit dem Fall der Lin-Fraktion. Lin Piao war in eine Reihe von Fällen offensichtlich bankrotter Politik verwickelt. Auf dem Gebiet der Binnenwirtschaft wurde er beschuldigt, 1969 eine Produktionssteigerung angestrebt zu haben und die „Vorenthaltung der rechtmäßigen Einkommen der Bauern zu gestatten” *{Far Eastem Economic Review, Jahrbuch 1973).* Offensichtlich strebte Lin Piao einen neuen großen Sprung nach vorn an. Die Kulturrevolution hatte jedoch die enorme wirtschaftliche Unzufriedenheit und die Bereitschaft der Arbeiter, ihren Lebensstandard gegen das Regime zu verteidigen, enthüllt. Eine Kampagne des großen Sprung nach vorn hätte 1969 selbstmörderisch sein können. Tatsächlich war die chinesische Wirtschaft seit der Kulturrevolution mehr marktorientiert, ungleicher und dezentralisierter als 1965. Das Mao-Tschou-Regime scheint ängstlich bemüht, den Massen zu versichern, daß man keine großen ökonomischen Opfer von ihnen fordern würde. Fast jede offizielle Verlautbarung über Wirtschaftspolitik spricht vom Recht der Bauern auf ein privates Grundstück.

In der Außenpolitik war der Mann, der die „Eroberung der Städte der Welt durch das Land” verkündete, ebenfalls ein Verlierer. In den späten sechziger Jahren konnte nur ein politischer Idiot glauben, daß China erfolgreich die „Dritte Welt” gegen die USA und die UdSSR führen würde. Die Kulturrevolution hinterließ ein diplomatisch isoliertes Chi* na. Trotz des Vietnam-Krieges strebte die US-Außenpolitik 1968 einen Block mit der Sowjetunion gegen China an. Wegen günstiger Bedingungen für diplomatische und ökonomische Ziele war ein Rechtsruck in der chinesischen

Außenpolitik unvermeidlich. Wahrscheinlich brach Lin Piao in Opposition zur Annäherung zu Nixon.

Mit seiner Basis in der Armee setzte Lin zweifellos einen Fraktionskampf gegen die entstehende Achse Mao-Tschou in Gang. Er verlor. Es ist durchaus möglich, daß er einen Militärputsch gegen Mao plante, wie die Maoisten heute behaupten. Welches Übel der lebende Lin auch Mao und Tschou gewünscht haben mochte, sein Leichnam hat das mehr als wiedergutgemacht. Er ist der perfekte Sündenbock für alles, was in der Kulturrevolution schiefging. Immer dann, wenn ein „Wegbereiter des Kapitalismus” zurück an die Macht kam, war es ein Komplott von Lin. Als Tschou En-lai sich bei den Briten für die Brandschatzung ihrer Botschaft entschuldigte, gab er Lin Piao die Schuld.

Mit jedem Tag, der vergeht, scheinen die Opfer der Kulturrevolution ihre Sieger zu ersetzen. Sogar die „Nummer Zwei an der Macht auf dem kapitalistischen Weg”, Teng Hsiao-ping, ist wieder rehabilitiert. Und bis heute hat die Kulturrevolution offensichtlich eine tief gespaltene Partei hinterlassen. Die Geheimniskrämerei und die extreme Kürze des zehnten Parteikongresses deuten auf eine gespannte innere Situation hin. Es ist, als ob die geringste formale Konzession an innerparteiliche Demokratie einen mörderischen Fraktionskampf produzieren würde. Die Beförderung des unbekannten Wang Hung-wen ist wahrscheinlich ein Beschwichtigungsmittel für die radikalen Maoisten, die verständlicherweise Tschou En-lai mißtrauen, einem Mann, der noch nie auf der Verliererseite eines Fraktionskampfes stand. Wang ist jedoch wahrscheinlich ein Aushängeschild ohne reale Basis bei den Parteikadern. Wenn Mao stirbt, müßte die ChKP eine Nachfolgekrise bekommen, an der gemessen sich die Kulturrevolution wie eine formale Debatte ausnimmt. Das chinesische Proletariat dürfte natürlich die Frage, welcher bürokratischer Bewerber Mao folgt, von der historischen Tagesordnung streichen, indem es seine eigene . demokratische Herrschaft etabliert.

Nieder mit Mao und Breschnew Für chinesisch-sowjetische Einheit

Die wichtigste Entwicklung seit der Kulturrevolution hat in Chinas außenpolitischen Beziehungen stattgefunden. Die staatlichen Beziehungen zur Sowjetunion haben sich drastisch verschlechtert, was 1970 zu bewaffneten Zusammenstößen führte. Die chinesisch-sowjetische Grenze ist eine der militisiertesten der Welt geworden. Die Liaison des Mao-Tschou-Regimes mit Richard Nixon ist offensichtlich gegen die Sowjetunion gerichtet, die China als Hauptfeind ansieht. In letzter Zeit haben die chinesischen Versuche, den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion zu formieren, eine neue Qualität erreicht. China führt eine Kampagne zur Stärkung der NATO, um die Sowjets zu zwingen, Truppen von der sibirischen Grenze abzuziehen. So zitiert beispielsweise die *Peking Rundschau* vom 2. Juli 1974 zustimmend ein Kommunique der Juni-Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedsstaaten in Ottawa:

„*... Nach der Tagung wurde ein Kommunique veröffentlicht, das darauf hinweist, daß ‚angesichts der wachsenden militärischen Kraft der Sowjetunion und der Warschauer Paktstaaten, angesichts der Gefahr erneuter Spannungen die Allierten mittels des Atlantischen Bundes ihre Entschlossenheit and Fähigkeit zur Selbstverteidigung aufrechterhalten müssen ’. In seiner Eröffnungsrede betonte Joseph Luns, welche Bedrohung Europas das Anwachsen der sowjetischen Militärkräfte darstellt. ”*

Was immer für episodische Veränderungen sich in den diplomatischen Stimmungen ereignen mögen, die objektive Beziehung des US-Imperialismus zur Sowjetunion ist grundsätzlich verschieden von der zu China. Die UdSSR ist China wirtschaftlich und militärisch überlegen und den USA militärisch ebenbürtig. Deswegen ist die Sowjetunion das Kernstück der antikapitalistischen Regime und das objektive Haupthindernis für den US-Imperialismus. (Hätte China das durch die USA blockierte Kuba versorgen können?) Umgekehrt könnte die Sowjetunion China in einem Großangriff ohne imperialistische Intervention besiegen, während China einen Sieg nur in Allianz mit einer anderen Macht erwarten könnte. So spricht die Logik des Großmachtdreiecks für eine US-chinesische Allianz gegen die Sowjetunion. Jedoch ist Großmachtpolitik nicht historisch rational, ein amerikanisch-sowjetischer Angriff bleibt eine Möglichkeit.

Unter allen Umständen wäre ein Krieg zwischen der UdSSR und China ein enormer Rückschlag für die Sache des Sozialismus.. Wenn ein sino-sowjetischer Krieg unabhängig von einer imperialistischen Intervention ausbricht, als ausgeweitete Version der. Grenzzusammenstöße von 1970, müssen Trotzkisten für revolutionären Defätismus auf beiden Seiten aufrufen. Wenn sich die USA jedoch mit einer der beiden Seiten in einem sino-sowjetischen Krieg in solchem Ausmaß verbünden würden, daß das Ergebnis die Restauration des Kapitalismus durch einen imperialistischen Sieg sein könnte, müssen Trotzkisten zur bedingungslosen militärischen Verteidigung desjenigen deformierten Arbeiterstaates aufrufen, der direkt von den Angriffen hauptsächlich des US-Imperialismus bedroht ist.

Im Mittelpunkt des chinesisch-sowjetischen Konfliktes steht die sibirische Grenze. Bezeichnenderweise ist die Grundlage für die kollidierenden Forderungen ein von der Romanov-Dynastie und den Mandschus — die bekanntlich

skrupellos in ihrer „Sorge” um nationale Rechte waren - unterschriebener Vertrag aus dem achtzehnten Jahrhundert. Neulingen in der sozialistischen Bewegung mag es unverständlich erscheinen, warum die Führung eines deformierten Arbeiterstaates willens sein sollte, wegen eines spärlich bewohnten Territoriums mit einem anderen deformierten Arbeiterstaat einen Krieg zu beginnen, und deswegen mit kapitalistischen Mächten zusammenzuarbeiten beabsichtigt. Bedeutet das, daß Arbeiterstaaten imperialistisch sein können, genau wie kapitalistische Mächte? Gibt es einen ökonomischen Zwang, der einen Krieg zwischen diesen zwei stalinistisch beherrschten Ländern unvermeidlich machen würde? Überhaupt nicht.

Tatsächlich bedrohen sich das Moskauer und das Pekinger Regime durch ihre Existenz gegenseitig im *politischen* Sinne, da beide konkurrierenden Mächte behaupten, die Interessen der Arbeiter zu vertreten , in Realität aber Werkzeuge isolierter Bürokratien sind, die sich nur durch die gewaltsame Unterdrückung des politischen Lebens des Proletariats an der Macht halten können. Chruschtschow und Breschnew haben Liu und Mao auf die gleiche Weise behandelt, wie Stalin mit Tito (dem gegenüber er keine territorialen Ansprüche hatte) und jeder internen Opposition von Trotzki auf der Linken bis zu Bucharin auf der Rechten und jedem potentiell unabhängigen Mitglied seiner eigenen Fraktion umgegangen ist. Eine konkurrierende Tendenz, die behauptet, die Arbeiter zu repräsentieren und die die Ressourcen einer Staatsmacht hat, ist eine doppelte Bedrohung für die zweifelhafte Stabilität solcher antiproletarischen Regime.

Wie Trotzki schrieb, kann die bürokratische Degeneration in der Sowjetunion auf die nationale Begrenzung und Isolation der russischen Revolution in einem rückständigen Land zurückgeführt werden. Dies führte zur Ausarbeitung der nationalistischen Ideologie des „Sozialismus in einem Lande” — ein notwendig *falsches Bewußtsein* für eine herrschende bürokratische Schicht. So sprechen diese vorgeblichen „Kommunisten” leichtfertig vom proletarischen Internationalismus, glauben aber zur gleichen Zeit aufrichtig, daß es ihre heilige Pflicht ist, ihr Vaterland zu vergrößern. Und was für Moskau gilt, gilt gleichermaßen für Peking oder zweitrangige nationalistische Bürokratien in Sofia, Tirana usw.

Im Konflikt um Sibirien haben die Sowjets einen überwältigenden Vorteil. Zusätzlich zu der absoluten nuklearen Überlegenheit hätte die UdSSR in einem konventionellen Krieg einen Vorteil, der durch Chinas größeres Menschenpotential nicht ausgeglichen wird. Die russische Seite der Grenze ist viel stärker bevölkert. Und die turksprachige Bevölkerung, die Chinas nördliche Grenzregionen bewohnt, sympathisiert angesichts des jahrhundertelangen großchinesischen Chauvinismus möglicherweise durchaus mit den Sowjets. Außerdem bemüht sich die UdSSR stark um eine Unterstützung durch die kapitalistischen Mächte. Zusätzlich zu reinen finanziellen Überlegungen ist Breschnew hauptsächlich um das ausländische Kapital in den sibirischen Öl- und Gasfeldern besorgt, damit die Vereinigten Staaten und Japan ein Interesse daran haben, daß Sibirien russisch bleibt.



Rotgardistinnen deklamieren Worte des Vorsitzen-

Jedoch wird der militärische Vorsprung der Sowjets zunehmend durch die Entwicklung der chinesischen Nuklearkapazität unterminiert. So existiert innerhalb der sowjetischen Bürokratie ein Druck, einen nuklearen Präventivschlag gegen China auszuführen, bevor die Chinesen eine größere Vergeltungskapazität entwickeln. Die sowjetischen Behörden erzeugen seit einiger Zeit eine Kriegspanik, besonders unter der sibirischen Bevölkerung, die sich auf übelsten Rassismus („Gelbe Gefahr”) gründet. Ein Korrespondent des Londoner *Economist* (25-31 August 1973) zitiert einen sibirischen Schullehrer, der erzählt: „Das chinesische Radio, das russisch sendet, hat gedroht, daß die Chinesen den Süden Sibiriens besetzen würden, alle russischen Männer töten und die russischen Mädchen als Ehefrauen nehmen würden.”

Wenn revolutionäre Arbeiterregierungen in Moskau und Peking an der Macht wären, würde der Konflikt um Sibirien leicht im Interesse der russischen und chinesischen Arbeiter gelöst werden. Sibirien würde chinesischen Immigranten offenstehen und gemeinsam verwaltet werden, um eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. Außerdem könnte die Existenz eines vereinigten und revolutionären Arbeiterstaates von Rußland und China die japanische so-

Befreit die Genossen der R.A.F.!

(Fortsetzung von S. 24)

scheidenden Kampf tauglichen Streitkräfte auszunutzen. "
(L W S , S.8)

Die Lehren der Solidaritätskampagne

Die spontane Welle der Empörung gegen die Ermordung von Holger Meins durch die Brutalität der Zwangsorgane des bürgerlichen Staates ist zusammengebrochen. Die Organisationen, die nicht wie die GIM an der Hochschule verschwanden, sondern eigenständig eine Solidaritätskampagne mit den in Knast hungerstreikenden Genossen für deren Forderungen organisierten, konnten ebenfalls nicht viel dazu beitragen, größere Teile der Arbeiterbewegung mit in den Kampf einzubeziehen.

Aus den Ereignissen der Solidaritätskampagne oder vielmehr den diversen parallel laufenden Kampagnen wollen wir hier die beiden Hauptlehren aufzeigen:

1. Die Notwendigkeit einer *organisierten Aktionseinheit* aller Teile der Linken und Arbeiterbewegung zur Verteidigung der Genossen der R.A.F., um wirklich eine Kraft im Kampf gegen den bürgerlichen Staat darzustellen!
2. Die Notwendigkeit der *programmatischen Klarheit* über die Ausrichtung und die Ziele des Kampfes!

Kämpferische Aktionseinheit — nicht programmatischer Einheitssumpf!

Im Kampf zur Verteidigung der inhaftierten Genossen der R.A.F. und der anderen inhaftierten Genossen wandte sich die Trotzkistische Liga Deutschlands mehrmals an andere linke Organisationen mit dem Aufruf: Schaffen wir ein Einheitsfrontkomitee, um die Solidaritätskampagne zu organisieren! Als politische Grundlage des Komitees schlugen wir die Forderungen des Hungerstreiks vor: Weg mit der Isolationsfolter! Freie Wahl der Ärzte durch die Gefangenen! Für das Recht der Gefangenen auf freie politische Betätigung!

Dieser Ausgabe der Kommunistischen Korrespondenz liegt ein Flugblatt der Trotzkistischen Liga Deutschlands vom 17.11.1974: „Verteidigt die Genossen der R . A . F . !" bei.

In unserem *„Offenen Brief'* führten wir aus, daß Aktionseinheit bedeuten muß, *gemeinsam* und koordiniert die *Aktion* zu organisieren - nicht aber die Propaganda. Jede Organisation, die an der Aktionseinheit teilnimmt, hat das Recht, ihre besondere Linie konkurrierend zu anderen Organisationen konkret zu demonstrieren, ihre eigenen Losungen und Parolen aufzustellen. Es versteht sich von selbst, daß diese dem Zweck der Aktionseinheit nicht entgegengesetzt sein können.

Die Aktionseinheit der kleinen linken Organisationen stellt die Einheitsfront der Massenorganisationen des Proletariats im Keim dar. In der heutigen Situation vieler, relativ isolierter, einzelner Bestandteile der Arbeiterbewegung kann eine solche Aktionseinheit nur in der Perspektive von praktischen Massenaktionen stehen, d.h. in der Perspektive, die großen Massenorganisationen des Proletariats in die Einheitsfront der Klassensolidarität für die inhaftierten Genossen zu bringen. Eine auf der politischen Grundlage der solidarischen Verteidigung in einer Front kämpfende Aktionseinheit hätte die Kraft, Teile der proletarischen Massenorganisationen den Verteidigungskampf aufzuzwingen.

Doch das Ziel einer solchen Aktionseinheit bleibt die gemeinsame *Aktion*! Wir hängen nicht der Illusion an, durch viele gemeinsame Taten eine *Annäherung* der Programmatik zu erreichen, um eines Tages *die* große linke Organisation zu schaffen oder auch nur um alle „Trotzkisten" an einen Tisch zu bringen. Ein solch prinzipienloser Organisationsblock wäre nichts weiter als eine neue Barriere für die Arbeiterklasse auf ihrem Weg zur Revolution!

Keine Aktionseinheit als Strategie!

Der zentristische *Spartacusbund* aber beschreitet genau diesen Weg! Abgesehen davon, daß er während der Solidaritätskampagne nichts unternahm, um eine Aktionseinheit *praktisch* zu verwirklichen, lautete sein verbaler Aufruf: „Gegen die politische Repression die Aktionseinheit der Linken!" Der Aufruf des Spartacusbundes zur Aktionseinheit kam reichlich verspätet, nachdem wir schon einige Zeit für die praktische Organisierung der Aktionseinheit gekämpft hatten. Doch wie sieht die „Aktionseinheit" des Spartacusbundes aus? *„Wir schlagen die Bildung einer Aktionseinheit gegen Polizeiterror und Klassenjustiz, gegen politische Repression und Abbau demokratischer Rechte vor,*

---

sozialistische Revolution entzünden, wodurch Japans ökonomische Ressourcen für die Entwicklung von Sibirien und China frei würden.

Für Trotzkisten ist es klar, daß die stalinistischen Bürokratien in einem fundamentalen Widerspruch gefangen sind.
Auf der einen Seite versuchen sie, sich gegen imperialistische Angriffe zu schützen, während sie sich auf der anderen Seite um eine unmögliche Einigung mit den kapitalistischen Mächten bemühen und vor allem eine Ausbreitung der Weltrevolution fürchten, die unvermeidlich ihre parasitären Regime stürzen würde.
Langfristig können die deformierten Arbeiterstaaten (bürokratisch beherrschte Staaten, basierend auf vergesellschafteten Eigentumsformen) nur durch die internationale Ausweitung der Arbeitermacht überleben.
Durch die Verfolgung einer nationalistischen Politik unterminieren die stalinistischen Bürokratien in China und der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats und machen den Weg frei für ihren Umsturz durch die innere Konterrevolution oder imperialistische Eroberung. Die chinesische Revolution (die entscheidendste Niederlage für den Imperialismus seit der Oktoberrevolution in Rußland) ist tödlich durch einen nuklearen Krieg bedroht. Es ist nicht ein Krieg mit einer imperialistischen Macht, sondern ein Krieg mit einem anderen mächtigen deformierten Arbeiterstaat — der Sowjetunion.

Nur durch den Sturz der reaktionären Mao- und Breschnew-Regime können die russischen und chinesischen Arbeitermassen verhindern, miteinander in einen Krieg zu treten; nur auf diesem Wege können sie die politische, militärische und ökonomische Vereinigung der sino-sowjetischen Staaten gegen den Weltkapitalismus herbeiführen.

Für kommunistische Einheit gegen den Imperialismus durch die **proletarische politische Revolution in den sino-sowjetischen Staaten!**

Für die Verteidigung der russischen und der chinesischen Revolutionen durch die internationale proletarische Revolution! ■

-Nach: „Mao's China: From Stalin to Nixon", in *Workers Vanguard* Nr. 29, 28. September 1973.

die sich nicht ans Sponti- und Unimilieu oder an die, liberale Öffentlichkeit' anpaßt, sondern den Kampf um das Bewußtsein der Arbeiterklasse über die Frage der politischen Repression aufnimmt. " Der Kampf um das Bewußtsein der Arbeiterklasse, d.h. der Kampf für das revolutionäre Bewußtsein, für das bewußte revolutionäre Sein des Proletariats, ist der Kampf um die Staatsmacht! Kürzer können wir diesen Begriff nicht fassen. Der Kampf gegen *die* Repression ist der ständige Kampf der Partei der Arbeiterklasse bis zu ihrem revolutionären Sieg.

Der Spartacusbund schlägt also im Kern eine *permanente* Aktionseinheit vor, die kontinuierlich *die* Unterdrückung im bürgerlichen System bekämpfen soll. Eine solche „Aktionseinheit" hat letztlich propagandistischen Charakter; Ergebnis kann nur die Bildung von faulen Propagandablöcken sein. Wir stellen dagegen die konkrete Aktionseinheit mit unmittelbar praktischen Zielen. Nur so bleibt uns als wesentliches Mittel die Freiheit der Propaganda, um die Hegemonie in der Arbeiterbewegung im antikapitalistischen Kampf zu erringen.

Gegen *einzelne* Angriffe des Staates auf demokratische Rechte, gegen Angriffe auf die organisierte Arbeiterbewegung müssen wir die Aktionseinheit stellen! Jede Organisation, die Bestandteil der Arbeiterbewegung ist, muß bereit sein, *alle* Bestandteile der Linken und der Arbeiterbewegung gegen solche Angriffe zu verteidigen. Denn jeder einzelne Angriff richtet sich gegen die Gesamtheit der Arbeiter- und Befreiungsbewegung. Und gegen die geschlossene Kraft der Reaktion muß die geschlossene Kraft der Arbeiterbewegung gestellt werden. Das ist das ABC marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik.

Wie vorgeblich revolutionäre Organisationen den Verteidigungskampf bis zu seinem „Ende" führten

Die sich trotzkistisch nennenden Organisationen GIM und Spartacusbund haben zu Beginn der Solidaritätskampagne schon jeden richtungsweisenden Anspruch aufgegeben. Die *GIM* steckte derart tief in verschiedenen Uni-Komitees, daß man sie als Organisation nur durch Flugblätter vernehmen konnte, die solche originellen Parolen hatten wie: „Organisieren wir eine Demonstration!" „Organisieren wir uns in den vorhandenen Organen, schaffen wir neue, um die Ausweitung der Solidarität in Angriff zu nehmen!" „Die GIM wird dazu in den Fachbereichen Vorschläge machen." Die politischen Parolen der GIM waren die Forderungen des Hungerstreiks - die gemeinsame Basis *aller* an Solidaritätsmaßnahmen beteiligten Genossen; das Spezifische der GIM

Offener Brief der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Verteidigt die Genossen der R.A.F.!

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Solidaritätsbewegung mit den Forderungen der inhaftierten Genossen der R.A.F. und der anderen inhaftierten Genossen ebenso *spontan*, wie sie entstand, wieder abzuebben droht.

Der erste moralische Protest über den Mord an Holger Meins ist bei weiten Teilen der Linken vorüber — die Entrüstung über Isolationsfolter und Unterdrückung der inhaftierten Genossen hat der Resignation Platz gemacht. Die linken Organisationen haben nicht wenig dazu beigetragen.

Die Organisationen zersplitterten ihre Kraft durch getrennte Veranstaltungen und Foren, auf denen, sofern es überhaupt zu einer offenen Diskussion kam, immer wieder konkurrierenden Organisationen in bürokratischer Manier das Wort entzogen wurde. Einen ähnlichen Charakter hatten die Demonstrationen. Die KPD meldete eine Demonstration zur Erreichung des Freispruchs für Bäcker, Mahler und Meinhof an, ohne zuvor in Absprache mit den anderen Organisationen zu treten. Allerdings hielt es dann aber keine Organisation, außer der *Trotzkistischen Liga Deutschlands*, für nötig, die Aktionseinheit mit der KPD zu suchen.

Wir hielten es für unsere Pflicht, der Losung: „Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen!" auch die Aktion folgen zu lassen — auch wenn uns wie in diesem Fall nur die beschränkte Aktion einer Demonstration zum Moabiter Gefängnis möglich war.

Für die Aktionseinheit aller Organisationen der Linken und der Arbeiterbewegung!

Spontane Veranstaltungen, wie das Tribunal gegen Polizeiterror, die notgedrungen ohne Resultat bleiben müssen oder Foren der „fortschrittlichen Menschen", wie die Veranstaltung des KBW, können ebensowenig wie rein stalinistische Organisationsveranstaltungen ohne offene Diskussionsmöglichkeiten zu der Organisierung einer Solidaritätskampagne führen. Kleinbürgerlich-moralische Protestaktionen, wie die Durchführung von symbolischen Hungerstreiks außerhalb der Zwangssituation in Gefängnissen, halten wir (im Gegensatz zur GIM) für perspektivlos.

Die inhaftierten Genossen aber befinden sich noch immer in akuter Gefahr! Die Razzien auf Rechtsanwaltsbüros und die Verhaftungswelle stellen eine neue, scharfe Eskalation seitens der Repressionsorgane des bürgerlichen Staates dar! Wir rufen deshalb nach wie vor zur Schaffung eines Einheitsfrontkomitees auf!

Wir haben diesen Aufruf nicht wie GIM oder Spartacusbund zu einem Lippenbekenntnis degenerieren lassen. Bereits vor einer Woche haben wir alle Organisationen angeschrieben, die Genossen der R.A.F. gegen die Angriffe des Staatsapparates zu verteidigen. Wir haben auf Flugblättern und Veranstaltungen dazu aufgerufen, eine Aktionseinheit zur Unterstützung des Hungerstreiks herzustellen.

Organisieren wir praktische Solidarität!

Ein Einheitsfrontkomitee zur Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks muß alle Organisationen gleichberechtigt umfassen, und darf nicht Frontkomitee irgendeiner Organisation werden. Es hat die Aufgabe einer effektiven technischen Organisierung gemeinsamer Aktionen.. Die Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks ist die minimale

war ihr Versacken im spontaneistischen Uni-Milieu. Die Perspektive, den Kampf aus den Unis herauszuholen und die organisierte Arbeiterbewegung als die Kraft anzusprechen, deren Mobilisierung allein einen erfolgreichem Kampf gewährleisten kann, ist der GIM fremd. Die GIM ist nicht imstande, eine Perspektive der proletarischen Massenmobilisierung unter revolutionärer Führung in Angriff zu nehmen.

Der *Spartacusbund* zieht die Verbindung zur allgemeinen politischen Repression. Er kommt zur Erkenntnis, daß die Angriffe auf die R.A.F. Angriffe auf die gesamte Arbeiterbewegung sind — und bleibt doch im Demokratismus stecken. Seine Parolen gipfeln nicht in der Perspektive der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, nicht in der Perspektive der proletarischen Justiz einer Arbeiterregierung. Gegen die politische Repression setzt er die demokratische Verteidigung — das ist alles! Kein Wort, daß die Organisierung der proletarischen Klassensolidarität, die Mobilisierung der Arbeiterbewegung über den demokratischen Verteidigungskampf hinausgeführt werden muß und gerade durch die Klassenmobilisierung hinausgeführt werden kann. Natürlich weiß der Spartacusbund, daß der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden muß, aber diese revolutionäre Aufgabe hat für ihn nichts mit den aktuellen Zielen zu tun. Im kommunistischen Vokabular steht für solches politisches Verhalten das Wort: Opportunismus. Der Spartacusbund steht dem KBW mit seinen Aufrufen an die demokratische und fortschrittliche Öffentlichkeit um nichts nach, erwählt sich nur ein anderes Publikum.

Die *KPD* hatte in dieser Kampagne einen eigenen Genossen, den Genossen Mahler, der mit der R.A.F. gebrochen und sich der KPD genähert hat, zu verteidigen. Wir brauchen uns über das stalinistische Unverständnis der Übergangslosungen, über die Mißachtung der Arbeiterdemokratie nicht zu verwundern. Die KPD stellt aber immerhin neben uns als einzige Organisation tatsächlich die Solidarität mit den Genossen der R.A.F. in den Mittelpunkt ihrer Propaganda und ließ im Gegensatz zum KBW bei der für Stalinisten üblichen Aufsplitterung ihrer Perspektive in ein Minimal- und ein Maximalprogramm nicht das Maximalprogramm unter den Tisch fallen. „Zerschlagt den bürgerlichen Staatsapparat!" u.a. Losungen wurden von ihr propagiert. Doch die KPD verfolgte wie üblich keine Politik der Organisierung einer Aktionseinheit, sondern des *Ultimatismus.* So forderte die KPD „alle" zur Aktionseinheit auf und machte gar ein Vorbereitungstreffen, das offen für andere Organisationen war — wie sie im Nachhinein verlauten ließ! Auf ihren öffentlichen Foren ließ sie entweder überhaupt keine Vertreter anderer Organisationen sprechen oder sie plante die Zeit so aus, daß für das Auftreten anderer Organisationen keine Zeit mehr zur Verfügung stand. Wenn sie von Aktionseinheit spricht, dann hofft sie, daß sich praktisch die „tagtägliche Aktionseinheit" von unten unter ihrer Führung herstellt — und muß immer wieder feststellen, daß sie bei ihren „Massenmobilisierungen" doch stets im eigenen Saft schmort!

Fassen wir zusammen: Die Trotzkistische Liga Deutschlands hat auf einer klaren prinzipiellen Basis die Genossen der R.A.F. verteidigt und nicht vor der bürgerlichen Hetzkampagne gegen die antikapitalistischen Rebellen kapituliert. Wir waren imstande, eine konkrete Perspektive des Kampfes zur Verteidigung der Genossen, den Aufbau einer organisierten Aktionseinheit, zu weisen. ■

Grundlage der Beteiligung. Darüber hinaus muß die. Freiheit der Propaganda einer jeden Organisation gewährleistet sein!

Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung unter revolutionärer Führung!

Die Aufgabe des Komitees wäre es, die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung zu erreichen. Nur eine revolutionäre Arbeiterbewegung kann die Befreiung aller gefangenen Genossen erreichen! Nur eine revolutionäre Arbeiterbewegung kann auch die bürgerlichen Gefängnisse zerschlagen und ihre eigene Justiz, die der Diktatur des Proletariats, der Diktatur der Bourgeoisie entgegenstellen!

Natürlich würde auch ein Komitee, wie wir es fordern, nicht Wunder bewirken und die gesamte Arbeiterbewegung sofort in den Kampf hineinziehen können. Doch die Konzentration der Kräfte, die ein solches Komitee darstellen würde, hätte zweifellos sofortige Auswirkungen auf die fortgeschrittensten Elemente der Gewerkschaften und könnte ungleich effektiver, als irgendeine der einzelnen, getrennt und unkoordiniert operierenden Organisationen, Aufklärung über die Angriffe und Absichten des Staatsapparates in die Gewerkschaften hineintragen.

Es muß auch versucht werden, die reformistische Arbeiterpartei SEW, die weder in ihrer Zeitung *Wahrheit* noch auf ihrem jüngsten IV. Parteitag auch nur ein Wort der Verteidigung für die inhaftierten Genossen übrig hatte, zur Unterstützung des Komitees zu zwingen. Gerade der Parteitag, aber auch ähnliche Anlässe hätten ein Ausgangspunkt sein können, die Mitgliedsbasis zu erreichen und mit der Passivität ihrer Partei gleichzeitig deren konterrevolutionäre Politik zu demonstrieren. Die SED der DDR ist für Westberlin noch immer eine wichtige politische Kraft. Auch sie hätte um politische und materielle Hilfe angesprochen werden müssen.

Getrennt marschieren — vereint schlagen!

Isoliert von der organisierten Arbeiterbewegung können die Kampagnen einzelner Organisationen nicht erfolgreich sein. Einzeln sind aber alle Organisationen zu schwach, die proletarischen Massen mobilisieren zu können. Wir sind aber auch zugleich gegen die Aufwärmung des linken Einheitsbreis. Die Massen müssen unter einer revolutionären Führung und auf der Grundlage eines revolutionären Programms mobilisiert werden. Jede Organisation, die einen revolutionären Anspruch erhebt, hat deshalb das Recht, innerhalb der Aktionseinheit die Korrektheit ihrer Linie *konkret* zu demonstrieren und Forderungen, die über die Plattform der Aktionseinheit hinausgehen, zu propagieren. Wir fordern noch einmal alle Organisationen zur Schaffung eines Einheitsfrontkomitees auf — auf der Grundlage „Einheit der Aktion - Freiheit der Propaganda".

Unterstützt die Bildung eines Einheitsfrontkomitees, um die Solidaritätskampagne zu organisieren!
Unterstützt die Forderungen des Hungerstreiks!
Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangener Genossen!
Zerschlagt das bürgerliche Gefängniswesen — Für die proletarische Justiz einer Arbeiterregierung!

Berlin, den 29. November 1974

Befreit die Genossen der RAF.!

„Die Frage des Terrors ist durchaus keine neue Frage, und es genügt, wenn wir in aller Kürze an die feststehenden Ansichten der russischen Sozialdemokratie erinnern.

Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann... Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten... Der Terror kann niemals eine alltägliche Kampfhandlung werden: bestenfalls • taugt er nur als eine der Methoden des entscheidenden Sturmangriffs. ” (Lenin, Womit beginnen? , in: LW 5, S. 7 f.)

Terrorismus und Philistertum

Holger Meins starb in Knast, Horst Mahler bekam 14, Ulrike Meinhof 8 Jahre aufgebrummt. Aber die Strategen des demokratischen Kampfes, die fälschlicherweise das Banner des Kommunismus vor sich her tragen - bei den Maoisten etwa exemplarisch der *KBW,* nicht minder opportunistisch aber auch der vorgeblich trotzkistische *Spartacusbund* —, sitzen in ihren warmen Stuben und sind um ihren ersehnten • guten Ruf bei den rückständigen Massen besorgt. Sie räsonieren: Terrorismus diene der Konterrevolution; nur vordergründig gehe es um die R.A.F., in Wirklichkeit bereite der bürgerliche Staat eine umfassende Unterdrückung aller Radikalen und der Arbeitervorhut, also auch - oje! - von uns, vor.

Die Philister, die gegen die politische Unterdrückung im bürgerlichen System und zugleich gegen Anarchisten und Terroristen wettern, sollten endlich erkennen, daß Kommunisten ein Band der Solidarität mit denjenigen verbindet, die im nackten Sinn des Wortes auf Leben und Tod gegen das ~ bürgerliche System und seinen Unterdrückungsapparat kämpfen. Ein terroristischer Akt gegen einen Repräsentanten des herrschenden bürgerlichen Systems ist politisch ein antikapitalistischer Akt, so ineffektiv oder gar gefährlich er selbst für die antikapitalistische Bewegung werden kann. Aber nur unsere offene Solidarität mit den „Terroristen”

- gibt uns das Recht, denen, die sich selbst im Kampf gegen den Kapitalismus opfern, zu sagen: Sucht einen anderen Weg!

„Wir Marxisten betrachten den individuellen Terror als unzweckmäßig für die Aufgaben des Befreiungskampfes des Proletariats und der unterdrückten Nationen. Ein einzelner isolierter Held kann nicht die Massen ersetzen. Aber wir verstehen nur zu gut die Unvermeidlichkeit von Ausbrüchen der Verzweiflung und der Vergeltung. Unsere ganze Leidenschaft, alle unsere Sympathien sind mit den sich selbst opfernden Rächern, auch wem sie unfähig waren, den richtigen Weg zu finden. "(Leon Trotsky, Writings 1938-39, S. 144)

Wer in der gegenwärtigen Situation, wo die Herstellung der Klassensolidarität des Proletariats, seiner Massenorganisationen, für die Genossen der R.A.F., für die Opfer der bürgerlichen Klassenherrschaft, zwingendes Gebot ist, erklärt, daß er „nichts mit den Terroristen zu tun” hat, poliert nur seine Respektabilität auf und ist ein Bremsklotz für die prinzipielle Verteidigung der Opfer der Unterdrückung. Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat in einer Kundgebung an das deutsche Proletariat Max Hölz als einen mutigen Rebellen gegen die kapitalistische Gesellschaft brüderlich in Schutz genommen.

Unsere höfliche Formulierung, einige vorgeblich revolutionäre Organisationen kapitulierten mit ihrer Abgrenzungspolitik vor dem rückständigen Bewußtsein der Massen, bekommt ihren Sinn, wenn wir nach dem Klasseninhalt dieses Bewußtseins — trotz ihrer Träger — fragen; die Antwort gab uns Marx: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht” *(MEW* 3, S. 46).

Auf der elementaren Ebene der Solidarität und Verteidigung stehen wir auf seiten der R.A.F.-Genossen. In dieser elementaren Frage zur Entscheidung gedrängt, zittern die Angsthasen - sie verstecken sich hinter der Phrase eines Kampfes gegen die allgemeine Repression, sabotieren damit aber praktisch die Aktionseinheit zur Verteidigung der unmittelbaren Opfern. So dokumentieren die Philister an diesem Beispiel erneut, daß sie der Bewegung zur Befreiung der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten keine reale Perspektive weisen können. Es ist unsere kommunistische Verpflichtung, die Auseinandersetzung über falsche Strategien und Taktiken der Befreiungs- und Arbeiterbewegung zu führen, die falschen Wege politisch zu zerstören. Dabei stellen wir eines unmißverständlich klar: Der individuelle Terrorismus der Anarchisten - Ausdruck von verzweifelten Rebellen — ist Bestandteil der antikapitalistischen Tendenzen. Anarchismus widerspricht fundamental der Orientierung des revolutionären Marxismus; Terroristen sind objektiv antileninistisch; sie bilden eine Gefahr für die antikapitalistische Bewegung - wie übrigens gleichermaßen jede andere vorgeblich revolutionäre Tendenz, die im Widerspruch zum orthodoxen Marxismus steht. Ohne Zweifel, anarchistischer Terrorismus kann konterrevolutionäre Konsequenzen bewirken; aber bitte schön: die konterrevolutionären Verbrechen des Stalinismus an der Arbeiterbewegung sind für uns noch lange kein Argument, ihn nicht gegen das Kapital und seinen Staat prinzipiell zu verteidigen. '

Unser Hauptvorwurf, den wir als Kommunisten gegen den individuellen Terror und heroischen Individualismus erheben, besteht darin, daß die revolutionären Energien einiger der Befreiungsbewegung ergebener Kämpfer in sinnlose und selbstzerstörerische Aktionen geleitet werden. Es ist unsere Aufgabe, diese Energien für eine genuin revolutionäre Perspektive zu erobern. „Die unmittelbare Aufgabe unsere Partei kann nicht sein, alle vorhandenen Kräfte jetzt schon zum Angriff aufzurufen; sie muß vielmehr in der Aufforderung bestehen, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die fähig ist, alle Kräfte zu vereinigen, die sich nicht nur Leitung nennt, sondern die Bewegung tatsächlich leitet, d.h. stets bereit ist, jeden Protest und jeden Ausbruch zu unterstützen und zur Vermehrung und Festigung der für den

(Fortsetzung auf S. 21)

Verteidigt die Genossen der R.A.F.!

Gegen kleinbürgerlichen Terrorismus

Proletarische Massenmobilisierung unter revolutionärer Führung

Der Tod von Holger Meins nach 57 Tagen Hungerstreik gegen die Isolationshaft, und die drohende Gefahr für andere RAF-Genossen, ist ein weiteres Beispiel für die Brutalität, die untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden ist. Es ist ein Symptom des Terrorismus des bürgerlichen Staatsapparates und seines Gefängniswesens.
Es ist die elementare Pflicht aller Organisationen der Arbeiterbewegung die Forderungen der RAF gegen die Isolationshaft zu unterstützen und Aktionseinheiten zur Solidarität mit ihren Forderungen zu organisieren.

Verteidigt die Organisationen der Linken und Arbeiterbewegung — Verteidigt die RAF gegen den bürgerlichen Staat

Weiter aber muß die Arbeiterbewegung die Notwendigkeit erkennen, alle ihre Strömungen gegen Angriffe des Staates zu verteidigen — Ein Angriff gegen eine Organisation ist ein Angriff gegen alle!
Die strategische Konzeption der RAF ist grundfalsch: Das Proletariat kann nicht durch exemplarische Gewaltaktionen mobilisiert werden, um die proletarische Revolution vorzubereiten. Diese historische Aufgabe kann nur durch das Hinein tragen des revolutionären Programms in der Arbeiterklasse, durch den Aufbau einer revolutionären Partei, •basierend auf den Lehren von Marx, Lenin und Trotzki, realisiert werden. Diese Kritik gilt nicht nur der RAF, sondern auch der chilenischen MIR, der argentinischen ERP und den Tupamaros von Uruguay, die, weil sie weit von Deutschland entfernt arbeiten, eine größere romantische Popularität unter der deutschen „Linken“ genießen. Wie Lenin in *Was Tun* hervorgehoben hat, ist sowohl der Terrorismus, die exemplarischen Gewaltaktionen einzelner, wie der Ökonomismus, die Kapitulation vor dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand des Proletariats, eine Verneinung der Grundaufgaben der Revolutionäre - das Hineintragen des revolutionären Programms in die Arbeiterklasse, die Erziehung der Arbeiterklasse um ihre historischen Aufgaben zu erfüllen!

Trotzdem müssen wir die Genossen der RAF gegen den Feind der Arbeiterklasse, den bürgerlichen Staat, verteidigen. Unser Kampf gegen die RAF und ihre politische Strategie ist ein **politischer Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung** — unser Kampf gegen den **Kapitalismus ist ein Kampf um Leben und Tod!**

Revolutionäre müssen in der Arbeiterbewegung, und das heißt vor allem in den Gewerkschaften kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Befreiung aller gefangenen Genossen. Die Kommunistische Internationale hat vor ihrer endgültigen Stalinisierung stolze Kämpfe geführt für die Befreiung solcher Opfer der bürgerlichen Justiz, oft für Anarchisten und Syndikalisten wie Tom Mooney und Sacco und Vanzetti. Diese Tradition ist die unsere! Wir lehnen aber die liberalistische Forderung nach der „Freilassung aller politischen Gefangenen“ (Spartacusbund, Rote Hilfe (KPD) u.s.w.) ab. Unsere Solidarität gilt der Linken und der Arbeiterbewegung, nicht Rudolf Hess, Papadopoulos oder Caetano.

Der bürgerliche Staat ist eine Institution der Gewalt gegen das Proletariat — Gefängnisse sind davon ein Bestandteil. Wir unterstützen die Forderung *aller* Gefangenen für konkrete Verbesserungen ihrer Bedingungen: Gegen Einzelhaft, gegen Tortur und „Sonderbehandlung“, für das Recht auf politische Tätigkeit. Wenn, wie im Fall von Meins, die Agenten der Bourgeoisie in ihrer Brutalität sogar gegen ihre eigene Gesetzgebung verstoßen, fordern wir die **Bestrafung der Verantwortlichen.** Jedoch das bürgerliche Strafwesen kann nicht „reformiert“ werden, es kann keinen „humanitären Strafvollzug“ (wie es die SEW fordert) im Kapitalismus geben. Das bürgerliche Gefängniswesen muß **zerschlagen** werden, so wie der bürgerliche Staat!
Eine gerechte Justiz kann nur die **proletarische** Justiz der Arbeiterregierung sein. Jede Organisation, die das nicht erkennt, muß im reformistischen Fahrwasser schwimmen. Die Forderung „Gegen Klassenjustiz“ (Spartacusbund), programmatisch isoliert von dem Kampf für eine Arbeiterregierung, ist Ausdruck eines in reformistischen Illusionen befangenen Utopismus.

Die **Trotzkistische Liga Deutschlands** erklärt sich bereit, konkrete Aktionen zur Unterstützung der Hungerstreik-Forderungen und zur Verteidigung der RAF zu unterstützen. Aber moralische Solidaritätsaktionen, **z.B.** wenn Studenten drei Tage lang „hungerstreiken“, sind keine materielle Unterstützung für die Genossen der RAF. Wir müssen kämpfen, um proletarische Solidaritätsaktionen in der organisierten Arbeiterbewegung zu erreichen — auf der Basis einer Unterstützung der Forderungen der inhaftierten Genossen. In solchen Aktionseinheiten muß jede Organisation das Recht haben, sich mit eigenen Parolen und mit

eigener Propaganda zu beteiligen. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ ist das Wesen der leninistischen Taktik der Einheitsfront. Die politische Auseinandersetzung muß auch *innerhalb* der Aktionseinheit gewährleistet sein, um Klarheit über die politische Perspektive der Arbeiterklasse herstellen zu können. Für die Trotzkistische Liga Deutschlands bedeutet das, den Kampf um die Perspektive des konsequenten Leninismus, für die Perspektive der internationale proletarische Revolution aufzunehmen, die in unserer Epoche ihre Fortsetzung im Trotzkismus hat, verkörpert im Kampf der internationalen Linksopposition und der Vierten Internationale unter Trotzki.

Für eine Aktionseinheit zur Unterstützung der Forderungen der inhaftierten Genossen!

Notwendig für die Organisierung einer Solidaritätskampagne ist ein technisches Koordinationskomitee, bestehend aus Vertretern der Gruppen, die die Forderungen der hungerstreiken den Genossen unterstützen: Weg mit der Isolationshaft, für freie Wahl der Ärzte, für politische Rechte der Gefangenen. Dieses Komitee sollte eine Reihe von Solidaritätsaktionen planen, um zu verhindern, daß Kräfte in unkoordinierter Weise ineffektiv verzettelt werden. Dieses Komitee darf nicht zu einer „Einheitsfront von unten“ werden, zu einer Frontgruppe einer linken Organisation (ob KPD oder KBW oder anderer), sondern es muß die technische Planung von Solidaritätsaktionen organisieren, basierend auf der bedingungslosen Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks. Wir müssen die praktische Solidarität organisieren. Um wirkliche Kampfkraft zu bekommen, muß dieses Komitee Aufrufe zur Unterstützung seiner Aktionen an sozialistische und Arbeiterorganisationen richten. Vor allem an die Gewerkschaften, aber auch an die SEW und SED, die entweder die Solidaritätsaktionen unterstützen müssen oder beweisen, daß ihre bürokratisch-reformistische Politik (und die Wahlen im Frühjahr) ihnen wichtiger sind als die *elementare Solidarität* mit linken politischen Gefangenen.

Unterstützt die Forderungen des Hungerstreiks: Weg mit der Isolationsfolter! Für freie Wahl der Ärzte! Für das Recht der Gefangenen auf freie politische Tätigkeit!

Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen! Zerschlägt die Gefängnisse — Für eine Regierung von und im Interesse der Arbeiterklasse!

Ein Einheitsfrontkomitee muß geschaffen werden, um die Solidaritätskampagne zu organisieren!



Trotzkistische Liga Deutschlands — Presserechtlich verantwortlich: W. Hohmann